

<http://www.laender-analysen.de/russland/>

DEUTSCHES UND POLNISCHES RUSSLANDBILD ZIVILGESELLSCHAFT IN RUSSLAND

■ ANALYSE		
Russland in den Augen polnischer und deutscher Experten		2
Von Agnieszka Łada, Warschau und Jan Peters, Trier		
■ GRAFIKEN ZUM TEXT		
Die russisch-polnischen Beziehungen in polnischen Meinungsumfragen		5
■ ANALYSE		
Das Engagement der Bevölkerung in der zivilgesellschaftlichen Praxis Russlands		8
Von Irina Mersijanowa und Lew Jakobson, Moskau		
■ GRAFIKEN ZUM TEXT		
Umfragen und Statistiken zur russischen Zivilgesellschaft		12
■ DOKUMENTATION		
Pilorama – Zivilgesellschaft im Sägewerk		16
Von Peter Franck, Berlin		
■ CHRONIK		
Vom 8. bis zum 21. Oktober 2010		20
■ VERANSTALTUNG		
Der Fall Chodorkowski – Bilder des Unrechts		22
■ LESEHINWEIS		
Abstracts der Artikel aus Osteuropa 9/2010		23



Russland in den Augen polnischer und deutscher Experten

Von Agnieszka Łada, Warschau und Jan Peters, Trier

Zusammenfassung

Russland und russische Politik wird in den verschiedenen EU-Mitgliedsstaaten durchaus unterschiedlich eingeschätzt. Vor allem Polen und Deutschland vertraten in der Vergangenheit oft gegensätzliche Auffassungen. Dies hat das Projekt »Polen, Deutschland, Russland – Wahrnehmungen, Erwartungen, Kooperationspotenziale im Kontext der europäischen Politik« thematisiert. Auf der Basis von Interviews mit führenden deutschen und polnischen Russlandexperten wurden deren Auffassungen und Einschätzungen der jeweiligen nationalen Russlandpolitik und Russlands analysiert. Die interpretierende Gegenüberstellung dieser Meinungsprofile zeigt Spezifika und Unterschiede, aber auch viele Gemeinsamkeiten in der deutschen und polnischen Sicht auf Russland. In einigen Bereichen ist eine Zusammenarbeit von Polen und Deutschland in der Russlandpolitik kurzfristig vorstellbar, bei anderen Themen wird es noch vieler Konsultationen bedürfen, um eine gemeinsame Politik zu entwickeln.

Polen, Deutschland, Russland ...

Russland ist ein wichtiger Partner der Europäischen Union. Die Beziehungen zwischen Russland und der EU sind jedoch immer wieder durch Spannungen gekennzeichnet. Dies ist einerseits Konsequenz von Wandlungen in der Haltung Russlands, andererseits erwachsen die Konflikte aus Interessenunterschieden zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten der EU. Vor allem die deutsche und die polnische Haltung gegenüber Russland unterschieden sich in der Vergangenheit oft deutlich. Die letzten Monate zeigen allerdings, trotz weiter bestehender Unterschiede, in manchen Bereichen eine Annäherung der Positionen. Umso wichtiger ist es, ein Vorstellung zu gewinnen, wie Russland von den Experten beider Länder eingeschätzt wird, die die Außenpolitik in den beiden Staaten mitbeeinflussen, etwa durch die Beratung von Politikern, über die Medien, die Entwicklung politischer Strategien oder durch persönliche Involvierung in Verhandlungen und Gesprächen. Das *Institut für Öffentliche Angelegenheiten* in Warschau und die *Stiftung Wissenschaft und Politik* in Berlin haben die Sicht 24 polnischer und 33 deutscher Russlandexpertinnen und -experten erfragt und analysiert. Der folgende Text fasst die wichtigsten Ergebnisse der Analyse sowie die Schlussfolgerungen zusammen, die aus diesen Positionen sowohl in Bezug auf die Einschätzung der russischen Politik als auch in Bezug auf die Handlungen Polens, Deutschlands und der EU gegenüber Russland gezogen werden können. Bis auf das Fazit werden in diesem Text ausschließlich die Meinungen der befragten polnischen und deutschen Fachleute wiedergegeben. Auf eine Differenzierung der Expertenmeinungen innerhalb der polnischen bzw. deutschen Expertengruppe wurde in diesem Text aus Gründen der Übersichtlichkeit in der Regel verzichtet. Natürlich waren aber auch die Experten eines Landes oft unterschiedlicher Auffassung.

Russland – Partner oder Gegner? Eine Einschätzung der russischen Außenpolitik

Die russische Außenpolitik wird von polnischen und deutschen Experten ähnlich eingeschätzt. Beide sehen Russland als wichtigen Nachbar der Europäischen Union. Moskau betrachte sich selbst als Großmacht, die russische Außenpolitik sei auf die Wiedererlangung von Einflussphären und die Mitbestimmung über die Gestaltung der Weltordnung ausgerichtet. Darüber hinaus versuche sich Russland mit Hilfe des Rohstoffhandels eine starke internationale Position zu sichern. Moskau akzeptiere keine Kompromisskultur, sondern nehme zwischenstaatliche Beziehungen als Nullsummenspiel wahr. Es schreibe Macht und Wettbewerb mehr Wert zu als Kompromissen. Anders, als man vielleicht erwarten könnte, stehen die deutschen Fachleute dem nicht viel weniger kritisch gegenüber als die polnischen.

Unterschiede in den Meinungen der polnischen und deutschen Fachleute zeigen sich vor allem bei der Einschätzung der Motive der russischen Außenpolitik. Die deutschen glauben, das oben beschriebene Verhalten Russlands sei der Ausdruck eines von Moskau empfundenen Mangels an Würdigung durch andere internationale Akteure, Misstrauen gegenüber dem Westen sowie dem Gefühl einer geopolitischen Einkreisung durch die Osterweiterungen von EU und NATO. Neben Interessen sind danach auch Emotionen maßgeblich für das außenpolitische Handeln Moskaus. Die polnischen Experten dagegen sind der Meinung, das russische Verhalten stelle eine konsistente Verfolgung nationaler Interessen dar. Die russische Außenpolitik sei unvorhersehbar. Das unterschiedliche Verständnis der Motivation russischer Außenpolitik führt zu einer differierenden Interpretation der gleichen Fakten durch deutsche und polnische Gesprächspartner, beispielsweise beim Georgienkonflikt und dem Gasstreit mit der Ukraine.

In diesem Kontext stellt sich die Frage, ob Russland von den Gesprächspartnern eher als Gegner oder als Partner wahrgenommen wird. Experten beider Länder beschreiben Russland als Partner, der jedoch Probleme verursacht. Wichtig für die EU sei Russland, da es sich um ein großes Nachbarland handle und für die Stabilisierung der Region gebraucht werde. Deutsche Fachleute betonen zudem die wichtige Rolle Russlands als Rohstofflieferant sowie seine Bedeutung bei der Lösung internationaler Konflikte und globaler Fragen. Hier habe Moskau erhebliches Störpotential. Polnische Gesprächspartner dagegen nehmen Russland als Staat wahr, der auf internationaler Ebene vor allem Probleme bereitet und nicht zur Lösung von Konflikten beiträgt.

Eine direkte Bedrohung aber ist Russland nach Ansicht der Fachleute beider Länder weder für Deutschland noch für andere Staaten des »alten« Europa. Anders sehe es bei Staaten in seiner direkten Nachbarschaft aus, die weder EU- noch NATO-Mitglied sind. Die Bedenken von Belarus, der Ukraine und den Kaukasusstaaten werden als berechtigt bezeichnet. Russland könne militärisch und wirtschaftlich – z. B. über die Einstellung der Rohstoffzufuhr – eine objektive Bedrohung für sie sein, wenn diese Staaten nicht in einer Russland genehmen Weise handeln oder sich zu sehr dem Westen zuwenden. Ob und wenn ja inwiefern Russland eine Bedrohung für die Neumitglieder der EU und der NATO darstellt, beispielsweise für Polen oder die baltischen Staaten, ist unter den Experten umstritten. Während polnische Gesprächspartner der Meinung sind, Russland könne durch wirtschaftliche Instrumente und die Energieabhängigkeit anderer Staaten von sich durchaus eine Bedrohung sein, halten längst nicht alle deutschen Respondenten die polnischen Sorgen für gerechtfertigt.

Einig sind sich beide Expertengruppen wieder, dass Russland international mehr kooperieren sollte. Das könnte seine Stabilität stärken und vorhersehbareres Verhalten fördern. Sein Bekenntnis zum Engagement für internationale Sicherheit sei vor diesem Hintergrund zu begrüßen. Trotzdem bleibe die Frage, welchen Platz Russland in einem kollektiven Sicherheitssystem einnehmen wolle und sollte. Der Inhalt der russischen Vorschläge für eine neue europäische Sicherheitsarchitektur und seine Implementierungschancen werden sowohl von polnischen als auch von deutschen Fachleuten skeptisch beurteilt. Während aber deutsche derartige Initiativen als Chance interpretieren, den Sicherheitsdialog mit Russland wiederzubeleben, sehen ihre polnischen Kollegen darin einen Versuch, den Status Quo der europäischen Sicherheit zu ändern oder die NATO zu schwächen.

Die Europäische Union und Russland

Deutsche und polnische Experten beobachten den Versuch Russlands, die Mitgliedstaaten der EU in große und starke sowie kleine Staaten zu teilen, um die EU so auseinander zu dividieren. Während es mit den großen Ländern separate, bilaterale Beziehungen führen möchte, spielen die kleineren keine wichtige Rolle in seinen Plänen.

Die Gesprächspartner beider Staaten empfehlen daher Polen und Deutschland, diesen Versuchen eine gemeinsame EU-Russlandpolitik entgegen zu stellen. Nach Meinung polnischer Fachleute verhält sich Deutschland – im Gegensatz zu Polen von Moskau als gleichberechtigter Partner angesehen – jedoch kontraproduktiv. Es entwickle bilaterale Beziehungen zu Moskau und missachte dabei faktisch die Prinzipien der europäischen Solidarität. Für Polen sei eine gemeinsame EU-Politik gegenüber Russland wegen der damit verbundenen Steigerung des polnischen Verhandlungspotentials wichtig. Langsam beginne Russland, Polen als aktiven EU-Mitgliedstaat zu respektieren, der fähig ist, die EU-Russlandbeziehungen betreffende EU-Entscheidungen zu beeinflussen. Den polnischen Gesprächspartnern zufolge hat Moskau aus diesen Gründen kürzlich seine Politik gegenüber Warschau geändert, vermehrte diplomatische Kontakte in den letzten Monaten würden das zeigen.

Partnerschaft für Modernisierung

Die Partnerschaft für Modernisierung stellt ein Beispiel für eine Russland betreffende EU-Politik dar. Sie ist die Antwort der EU auf die Modernisierungsherausforderungen, die sich Russland stellen. Diese seien groß, die russische Wirtschaft sei ineffektiv, einseitig rohstofffixiert und reformbedürftig. Von einer Implementation der dringend notwendigen Reformen sei nichts zu sehen. Durch die Partnerschaft soll der russische Modernisierungsprozess unterstützt werden.

Jedoch müssten, hier sind sich Experten beider Staaten einig, von Russland selbst mehr Reformanstöße ausgehen, die russischen politischen Eliten müssten auf Veränderungen drängen. Polnische Fachleute können den Willen dazu nicht erkennen. Sie nehmen Präsident Medwedews Demokratisierungsagenda als fiktiv und die russische Diskussion über die Modernisierung des Landes als Machtkonsolidierungsstrategie wahr. Deutsche Experten dagegen sehen zwar einen Modernisierungswillen, vermissen aber dessen Umsetzung. Zudem fehle ein Konsens, wie weit die Modernisierung gehen sollte, ob sie etwa auch eine Demokratisierung einschließen sollte (was sowohl von polnischen als auch von deutschen Fachleuten gefordert wird). Ein großes Hindernis für Veränderungen sei die Bürokratie.

Die Östliche Partnerschaft

Beide Expertengruppen halten die Vereinbarkeit guter Beziehungen zu Russland mit der gleichzeitigen Unterstützung osteuropäischer Staaten für möglich. Russlands Rolle in der Östlichen Partnerschaft beurteilen deutsche und polnische Fachleute in vielen Punkten allerdings unterschiedlich, wobei auch eine Uneinigkeit deutscher Experten untereinander zu konstatieren ist. Übereinstimmend stellen jedoch Gesprächspartner beider Länder fest, dass das Konzept nicht gegen Russland gerichtet ist und das Russland in einzelne Projekte einbezogen werden könne und solle (diesen partiellen Einbezug hatte die russische Regierung zunächst zurückgewiesen, ihn später aber aufgenommen). Über den Nutzen der Östlichen Partnerschaft sind sich die deutschen Fachleute nicht einig. Manche halten sie für ein sinnvolles Instrument, das das Potential habe, die östlichen Nachbarn der EU zu stabilisieren und zumindest Teile der russischen Elite zum Nachdenken über *soft power* zu bringen. Andere halten sie für »nicht zu Ende gedacht«. Auch über die Berechtigung der zunächst als ablehnend wahrgenommenen Haltung Russlands herrscht keine Einigkeit.

Die polnischen Gesprächspartner sind der Meinung, die Initiative sollte wegen der positiven Auswirkungen, die eine Transformation in den Partnerschaftsländern auf die russische Gesellschaft haben könnte, besondere Unterstützung erfahren. Russische Interessen seien ausreichend berücksichtigt. Jedoch könne Russland kein Vollmitglied der Östlichen Partnerschaft werden, da es nicht zugestimmt habe, an der Europäischen Nachbarschaftspolitik zu partizipieren. Es sollte sichergestellt werden, dass Russland im Rahmen der Kooperation in den ausgewählten Bereichen nicht mehr Rechte erhält als einer der sechs Vollteilnehmer der Initiative.

Chancen für die Demokratisierung in Russland

Experten beider Länder beurteilen das russische Regierungssystem als nicht demokratisch. Potential für eine Demokratisierung sei allerdings vorhanden. Eine Möglichkeit zur Förderung der Demokratie in Russland sei ein stiller Wertetransfer, demzufolge Russen zunehmend demokratische Veränderungen in Russland befürwortet werden, sobald sie eigene Erfahrungen mit freier Demokratie gesammelt haben. Daher sollten ihre Kontakte mit EU-Bürgern erleichtert und unterstützt werden.

Bezüglich weiterer demokratiefördernder Maßnahmen bestehen Meinungsverschiedenheiten zwischen polnischen und deutschen Fachleuten. Polnische Experten sind der Auffassung, da Russland sich als demokratisches Land beschreibe und dem Europarat angehöre, sollte es

auch so behandelt werden. Die EU sollte dementsprechend härter auf Verletzungen der Menschenrechte in Russland reagieren. Druck auf Russland könnte des Weiteren durch ein Junktim zwischen der Gewährung von Handelsvorteilen und der Einhaltung der Menschenrechte erzeugt werden. Ein Teil der deutschen Experten teilt diese Sicht nicht und betont, die Wirtschaftsbeziehungen sollten nicht mit der Förderung der Demokratie verknüpft werden. Letzteres sollte in Gesprächen hinter verschlossenen Türen stattfinden. Die deutschen Gesprächspartner setzen stattdessen auf den oben angesprochenen stillen Wertetransfer durch Austausch. Um die zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit zu fördern, wird die Aufhebung der Visumpflicht gefordert. Die polnischen Gesprächspartner betonen in stärkerem Maße als ihre deutschen Kollegen die Notwendigkeit, die Respektierung der Menschenrechte einzufordern.

Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Expertenwahrnehmung

Wie in der Einleitung bereits angedeutet, nähern sich die Wahrnehmungen der in diesem Projekt befragten Experten einander an. Viele Bewertungen ähneln sich, beispielsweise die des politischen Systems als nicht vorhandene Demokratie, die Notwendigkeit einer umfassenden, d. h. Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Wirtschaft einschließenden Modernisierung, oder ein außenpolitisches Nullsummendenden. Unterschiede bestehen vor allem bezüglich der Motivation russischen Handelns, im Text explizit erwähnt im Zuge der Einschätzung russischer Außenpolitik. Je nach unterstellter Motivation eines Akteurs wird dessen faktisches Verhalten anders wahrgenommen. Deutsche Fachleute scheinen ein weniger negatives Bild Russlands und seiner Eliten zu haben als ihre polnischen Kollegen.

Deutlich wird dieser Unterschied am Beispiel des russischen Modernisierungsprozesses: Deutsche Gesprächspartner unterstellen zumindest Teilen der russischen Eliten den Willen, zu modernisieren und sehen die Mängel primär in der Umsetzung. Polnische Experten dagegen bezweifeln schon den Willen. Sie beurteilen Russland als kalt kalkulierenden Akteur, ihre deutschen Kollegen dagegen sehen Russlands Handeln sowohl durch seine Interessen als auch durch Emotionen beeinflusst.

Trotz der vorhandenen Meinungsunterschiede befürworten sowohl polnische als auch deutsche Fachleute eine Kooperation in der Politik gegenüber Russland. Beide Expertengruppen sprechen sich dafür aus, diese auf der EU-Ebene anzusiedeln. Möglich wäre beispielsweise eine Zusammenarbeit im Bereich der Zivilgesellschaft, der Östlichen Partnerschaft und der Modernisierungspartnerschaft. Gespräche finden hier bereits statt. Ebenso wichtig ist eine Fortführung der Konsul-

tationen im Energiebereich, wobei sich die Konsensus-
suche hier schwieriger gestaltet. Hilfreich ist ein offener
Umgang miteinander und die Bereitschaft, auch die
für beide Seiten problematischen Themen zu bespre-

chen. Auch wenn der Weg zu einer gemeinsamen Russ-
landpolitik beider Ländern noch lang sein könnte: die
Richtung stimmt.

Über die Autoren:

Agnieszka Łada ist Leiterin des Europa-Programms und Analytikerin am »Institut für Öffentliche Angelegenheiten«
in Warschau. Sie ist Doktor der Politikwissenschaften und spezialisiert auf Europafragen (Europäisches Parlament,
Ratspräsidentschaft der EU, europäische Zivilgesellschaft, Ostpolitik der EU), politische Bildung und deutsche Fragen.
Jan Peters studiert an der Universität Trier im Magisterstudiengang Politikwissenschaft, VWL, Soziologie und Euro-
päische Studien.

Lesetipp



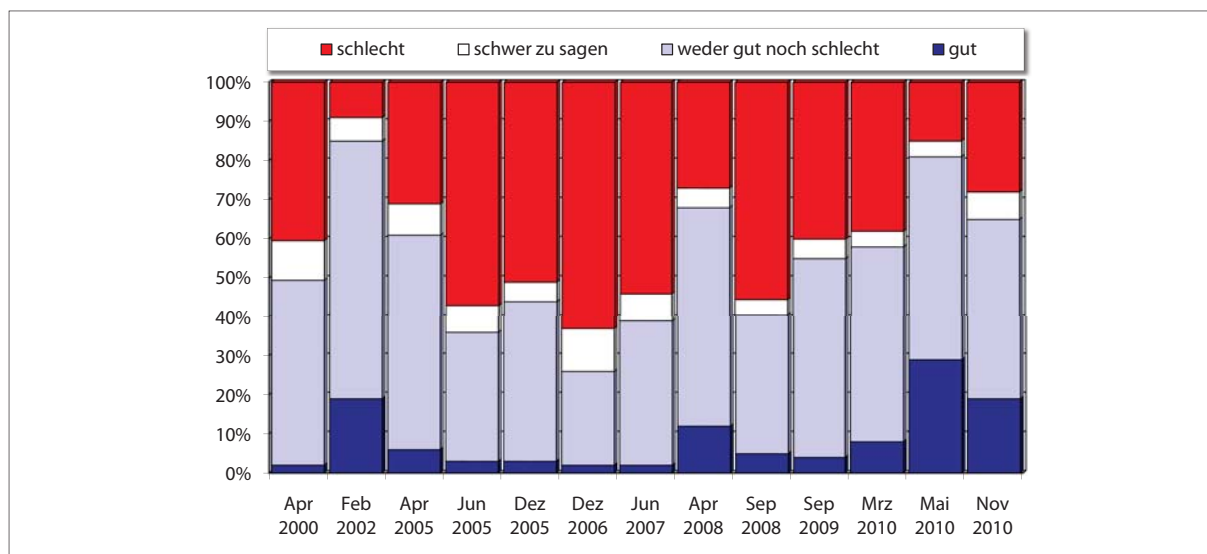
Die Studie wurde im Rahmen des Projektes »Polen, Deutschland, Russland – Wahrnehmungen, Erwartungen, Kooperationspotenziale im Kontext der europäischen Politik« erstellt. Die Unter-
suchung konnte dank der Unterstützung der Deutsch-Polnischen Wissenschaftsstiftung, der Stif-
tung für Deutsch-Polnische Zusammenarbeit und in Kooperation mit der Konrad-Adenauer-Stif-
tung zwischen Oktober 2009 und März 2010 in Polen und Deutschland realisiert werden. Eine
vollständige Darstellung der Studienergebnisse findet sich in dem Buch: *A. Łada (Hrsg.), E. Kaca,
K.O. Lang, J. Peters: Russland heute und morgen. Meinungen deutscher und polnischer Experten, Insti-
tut für Öffentliche Angelegenheiten, Warschau 2010.*

Es ist unter <http://www.isp.org.pl/index.php?v=bookstore&ln=eng&action=book&id=7235> zu bestellen. Der
obige Text bezieht sich nur auf russische Außenpolitik und die Aktivitäten von Polen, Deutschland und der EU. Im
Buch wird auch der Entwicklung der inneren Situation Russlands und den bilateralen Beziehungen zwischen Russ-
land auf der einen und Polen bzw. Deutschland auf der anderen Seite viel Aufmerksamkeit gewidmet.

GRAFIKEN ZUM TEXT

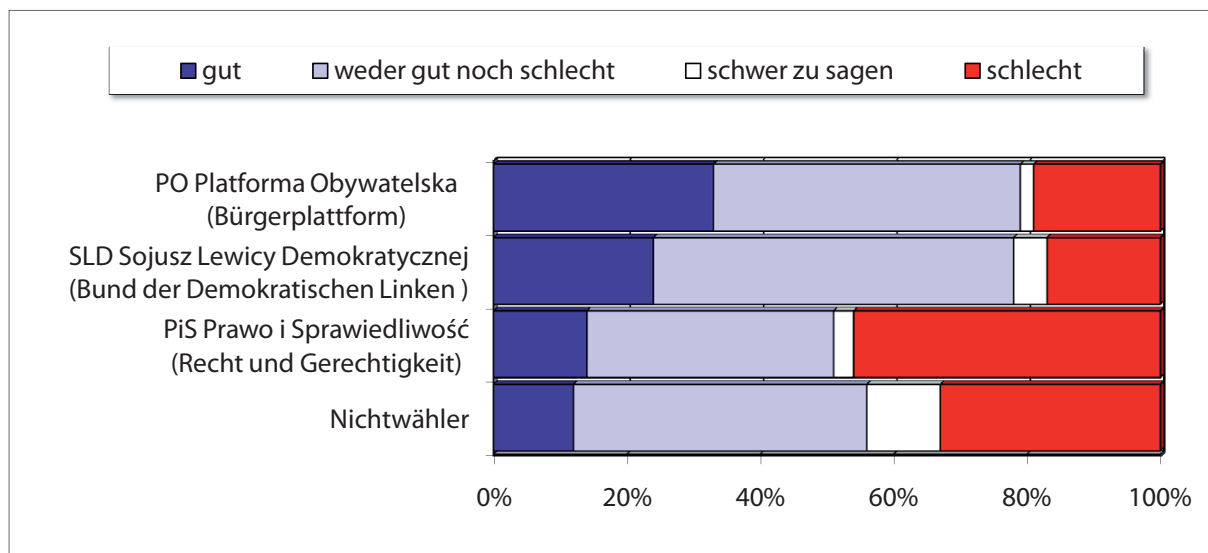
Die russisch-polnischen Beziehungen in polnischen Meinungsumfragen

Grafik 1: Wie beurteilen Sie die polnisch-russischen Beziehungen?



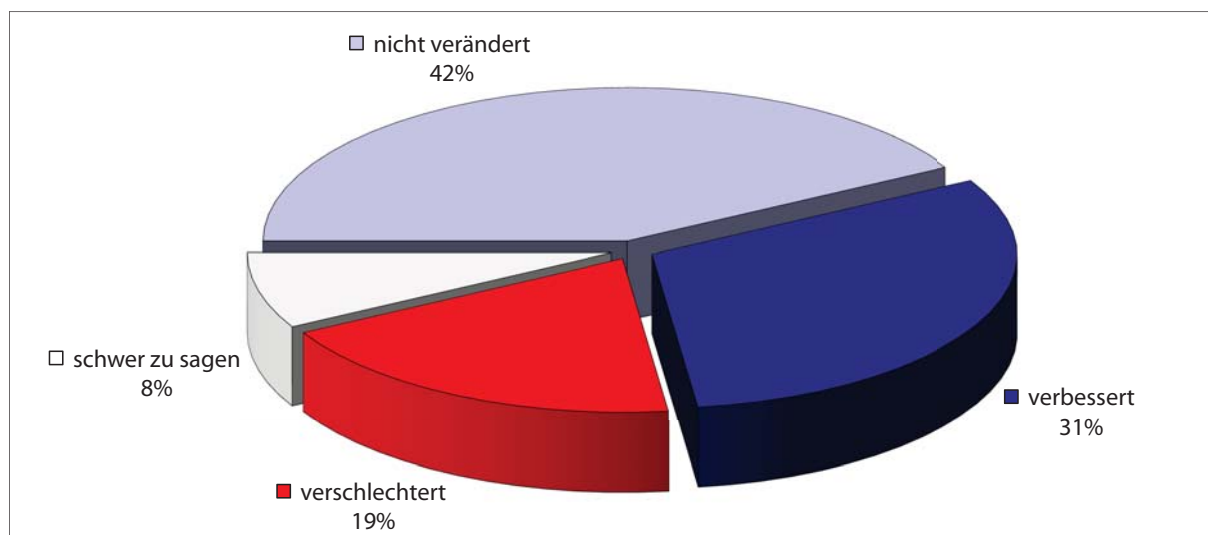
Quelle: Centrum Badań Opinii Społecznej: *Stosunki polsko-rosyjskie w ocenie społecznej*. BS/129/2010, Warszawa, wrzesień 2010
http://www.cbos.pl/PL/publikacje/raporty_2010.php

Grafik 2: Wie beurteilen Sie die polnisch-russischen Beziehungen? (nach Parteiorientierung)



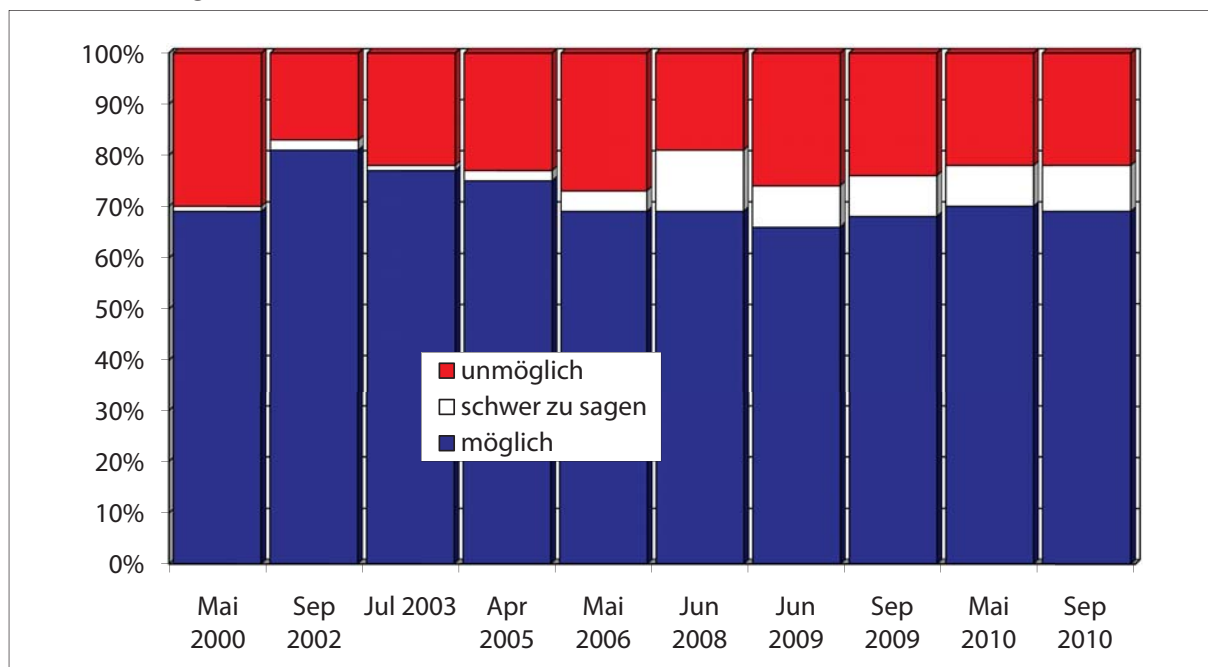
Quelle: Centrum Badania Opinii Społecznej: Stosunki polsko-rosyjskie w ocenie społecznej. BS/129/2010, Warszawa, wrzesień 2010
http://www.cbos.pl/PL/publikacje/raporty_2010.php

Grafik 3: Haben sich die polnisch-russischen Beziehungen nach der Katastrophe des polnischen Präsidentenflugzeuges bei Smolensk verändert?



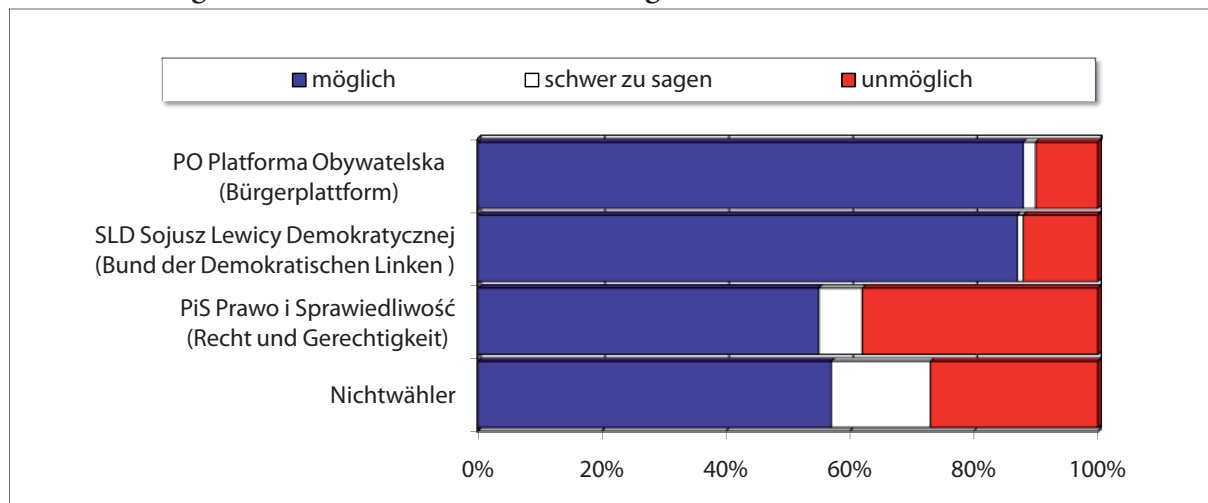
Quelle: Centrum Badania Opinii Społecznej: Stosunki polsko-rosyjskie w ocenie społecznej. BS/129/2010, Warszawa, wrzesień 2010
http://www.cbos.pl/PL/publikacje/raporty_2010.php

Grafik 4: Sind freundliche, partnerschaftliche Beziehungen zwischen Polen und Russland möglich? (2000–2010)



Quelle: Centrum Badania Opinii Społecznej: Stosunki polsko-rosyjskie w ocenie społecznej. BS/129/2010, Warszawa, wrzesień 2010
http://www.cbos.pl/PL/publikacje/raporty_2010.php

Grafik 5: Sind freundliche, partnerschaftliche Beziehungen zwischen Polen und Russland möglich? (2010, nach Parteiorientierung)



Quelle: Centrum Badania Opinii Społecznej: Stosunki polsko-rosyjskie w ocenie społecznej. BS/129/2010, Warszawa, wrzesień 2010
http://www.cbos.pl/PL/publikacje/raporty_2010.php

Das Engagement der Bevölkerung in der zivilgesellschaftlichen Praxis und dem Dritten Sektor Russlands

(Nach Materialien des Monitorings zur Situation der Zivilgesellschaft)

Von Irina Mersijanowa und Lew Jakobson, Moskau

Zusammenfassung

Die Zivilgesellschaft hat große Bedeutung für das soziale Leben und die staatliche Politik. Deshalb ist es wichtig, von dieser Sphäre gesellschaftlicher Selbstorganisation landesweit und regionalbezogen ein zuverlässiges Bild und solide Informationen zu haben. Daher führen Mitarbeiter des Forschungszentrums für Zivilgesellschaft und den Nichtkommerziellen Sektor an der *Higher School of Economics* in Zusammenarbeit mit führenden russischen soziologischen Instituten regelmäßig Monitorings der Situation der Zivilgesellschaft durch. Das Ziel des Monitorings besteht in einer kontinuierlichen Bewertung des Zustands der Zivilgesellschaft, um staatliche Politik zur Unterstützung und Entwicklung der Institutionen zu erarbeiten und umzusetzen. Darüber hinaus sollen aktuelle, umfassende, verlässliche und regelmäßig aktualisierte Informationen für Interessierte bereitgestellt werden. Diese sind für eine Analyse und Entwicklungsprognose der Zivilgesellschaft in Russland unabdingbar. Der vorliegende Artikel stellt einen Auszug aus den Ergebnissen des fünften Monitorings dar, die durch eine repräsentative Umfrage unter der russischen Bevölkerung in den Jahren 2009–2010 ermittelt wurden.

Folgen der Wirtschaftskrise und Entwicklungsbedingungen der russischen Zivilgesellschaft

Russland durchlebte 2009 eine Wirtschaftskrise. Viele Menschen gerieten in ökonomische Schwierigkeiten, was sich unmittelbar auf den Sozialbereich auswirkte. In einer Reihe von Großbetrieben und in ganzen Regionen entstand im Zuge von Produktionsrückgang und Personalkürzungen eine gespannte soziale Lage. Soziologische Analysen ermöglichen Aussagen darüber, in welchem Ausmaß sich die aktuelle Wirtschaftskrise auf die Entwicklungsbedingungen der russischen Zivilgesellschaft ausgewirkt hat. Zuerst sollen die unter Krisenbedingungen erfolgten Veränderungen der individuellen Einstellungen zur Teilnahme an sozialen Aktivitäten der Zivilgesellschaft betrachtet werden, in einem zweiten Schritt die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Sektor der nichtstaatlichen, nichtkommerziellen Organisationen.

Die Ergebnisse der Umfrage unter der russischen Bevölkerung zeigen keinerlei negative Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die Bereitschaft der Bevölkerung, sich an sozialen Aktivitäten der Zivilgesellschaft zu beteiligen. Der Grad des sozialen Vertrauens in der russischen Gesellschaft hat sich faktisch nicht verändert, allerdings glaubt jeder Zweite, dass Menschen einander in der Wirtschaftskrise weniger vertrauen.

Vertrauen ist das Fundament der Zivilgesellschaft. Nicht weniger wichtig ist jedoch das Potenzial und die Bereitschaft der Bürger, sich mit anderen Menschen zu gemeinsamen Aktionen zusammenzuschließen, sofern Vorstellungen und Interessen übereinstimmen. Ohne

ein ausreichendes Maß an Solidarität sowie einem entsprechenden unverzichtbaren Grad an Vertrauen verfügt die Zivilgesellschaft über kein Potenzial und keine Ressourcen für ihre Entwicklung. Im Jahr 2009 hat sich die Zahl der Russinnen und Russen, die bereit waren, sich mit anderen Menschen gleicher Einstellung zu gemeinsamen Aktionen zusammenzuschließen, nicht verändert (58 % der Bevölkerung). Dennoch geht ein Viertel der Befragten davon aus, dass sich die Zahl solcher Menschen in der Krise verringert hat (Abb. 1 auf S. 12).

Ungeachtet der relativ hohen Bereitschaft gemeinsam zu handeln haben nur 12 % der erwachsenen Bevölkerung des Landes Erfahrung mit gemeinsamen Aktionen zur Lösung eigener Probleme; ebenso viele haben sich für die Lösung von Problemen Dritter zusammengeslossen und engagiert. Die Bereitschaft, sich zur Lösung eigener Probleme mit der engeren Umgebung zusammenzutun, ist tatsächlich vorhanden. Jeder fünfte Befragte gab an, in seiner Umgebung auf die eine oder andere Weise häufiger auf die Bereitschaft zu stoßen, sich zur Lösung eigener Probleme zusammenzuschließen. Die Bereitschaft, eigene Probleme in Gemeinschaft zu lösen, lässt sich häufiger beobachten, als die Bereitschaft, gemeinsam gesellschaftliche Probleme anzugehen.

Die Bedeutung des engeren sozialen Umfeldes

Ein erheblicher Teil der russischen Bevölkerung (72 %) ist der Meinung, dass Uneinigkeit und Entfremdung in der Gesellschaft verbreitet seien. Dabei werden aber das engere soziale Umfeld und Bekannte deut-

lich positiver eingeschätzt. Jeder zweite Befragte ist vom Zusammenhalt seiner sozialen Umgebung überzeugt, nur 38 % gehen vom Gegenteil aus. Im Krisenjahr 2009 hat sich der Zusammenhalt im engeren Umfeld und in der Gesellschaft im allgemeinen im Vergleich zu 2008 weder verbessert noch verschlechtert. Doch 41 % der Befragten nehmen an, dass die Bevölkerung nach einem Jahr Wirtschaftskrise weniger geschlossen sei (Abb. 2 auf S. 12).

Die Annahme, das engere Umfeld sei verlässlich, findet Bestätigung in den Antworten auf eine weitere Frage. 90 % der Respondenten machen bei den Menschen ihrer engeren Umgebung die Bereitschaft aus, einander zu unterstützen. Ungefähr die Hälfte der Bevölkerung (47 %) ist der Meinung, dass sich die Krise nicht auf die Bereitschaft der Menschen ausgewirkt hat, einander zu helfen (Abb. 3 auf S. 13). Die angeführten Daten sind gerade heute von besonderer Bedeutung, da sie auf die Existenz eines Potenzials gegenseitiger Unterstützung hinweisen, das für die Aufrechterhaltung der Lebensqualität in der Bevölkerung von Bedeutung ist.

Soziale Verantwortung und die Möglichkeit, auf die bestehenden Verhältnisse einzuwirken, sind neben der Bereitschaft zu gemeinsamem Handeln notwendige Voraussetzungen einer vollwertigen Bürgerbeteiligung. Erkennbar ist ein relativ hohes Niveau an »lokaler« sozialer Verantwortung; am stärksten in der Familie (92 %), weniger stark im Haus, Hof (51 %) und an der Arbeitsstelle (46 %). Das Verantwortungsgefühl für Vorgänge in der Gemeinde (19 %), im Land (12 %) und in der Welt (9 %) ist demgegenüber nur schwach ausgeprägt.

Die Angaben zeugen trotzdem davon, dass Potenzial für die Entwicklung sozialer Verantwortung und Bürgerbeteiligung am Wohnort und auf lokaler Ebene vorhanden ist. Bei Vergleich des Engagements für Stadt, Land und Welt mit dem von Familie und Arbeit wird deutlich, dass die engere Umgebung verständlicher und emotional greifbarer ist. Die Wirtschaftskrise im Jahr 2009 verstärkte den Wunsch der Befragten, auf die Verhältnisse in ihrer Familie (34 %) und an ihrem Arbeitsplatz (17 %) Einfluss zu nehmen. Darüber hinaus sehen die Bürger gerade in jenen Bereichen die größten Einwirkungsmöglichkeiten. Das Potenzial, auf die Situation in der Familie Einfluss zu nehmen, glauben 87 % der erwachsenen Bevölkerung in Russland zu haben. Bei der Einwirkung auf die Situation am Arbeitsplatz sind es 34 %. Bemerkenswert ist, dass 2009 praktisch keinerlei Veränderungen bei der Beurteilung der Einflussmöglichkeiten auf die Verhältnisse in den »fernen« Bereichen – Gemeinde, Land und Welt – feststellbar waren.

Anzahl der Organisationen im nichtkommerziellen Wirtschaftssektor

Erfahrung bei Organisation und Teilnahme an gemeinsamen Aktionen ist eine Grundlage für die Ausweitung persönlicher und sozialer Verantwortung der Bürger. Aus der Erfahrung entwickelt sich Potenzial für die wiederholte Teilnahme an gemeinsamen Aktionen.

Die Mitwirkung in gesellschaftlichen Vereinigungen und anderen nichtkommerziellen Organisationen bei zivilgesellschaftlichen Initiativen kann zu einem wesentlichen Element der Anpassungsstrategie der russischen Bevölkerung in Krisensituationen werden. Gleichzeitig wirkt sich die Krise in besonderer Weise auf die Bedingungen des nichtkommerziellen Sektors aus. Allein das Finanzierungsproblem verschärfte sich unter dem Eindruck der Krise erheblich. Kaderschwierigkeiten und Probleme im Zusammenhang mit der Politik von Staatsorganen gegenüber nichtkommerziellen Organisationen (NKO) veränderten sich im Kontext der Krise dagegen kaum (Abb. 4 auf S. 13).

Der Sektor der nichtstaatlichen, nichtkommerziellen Organisationen (Dritter Sektor) ist die grundlegende Struktur der Zivilgesellschaft. Nach Angaben von Rosstat, des russischen Staatskomitees für Statistik, belief sich die Zahl der nichtkommerziellen Organisationen in Russland (Staats- und Kommunalbehörden ausgenommen) zum 1. Januar 2009 auf 669.000.

Die Gesetzgebung sieht über 30 verschiedene organisationsrechtliche Arten von NKO vor. Diese Vielfalt hängt damit zusammen, dass die organisationsrechtliche Form von NKO, im Unterschied zu kommerziellen Organisationen, nicht nur im Zivilkodex der Russischen Föderation (GK RF), sondern zusätzlich in einer Reihe spezieller Gesetze festgelegt ist. Ungefähr die Hälfte aller registrierten NKO gehört zu Behörden sowie zu gesellschaftlichen und religiösen Organisationen (Vereinigungen) – 36 % und 22 % der gesamten NKO (Abb. 5 auf S. 14).

Es ist offensichtlich, dass es unter den Organisationen, die in der offiziellen Statistik als »nichtkommerziell« (entsprechend den Bestimmungen des Zivilkodex der RF) bezeichnet werden, viele gibt, die nicht als Zivilgesellschaft gewertet werden können, die sich ja auf Basis der freiwilligen, vom Staat unabhängigen, Selbstorganisation der Bürger konstituiert und kein Wirtschaftssubjekt darstellt. Auch wenn bei der statistischen Bestimmung des Teils des nichtkommerziellen Sektors, der als Teil der Zivilgesellschaft angesprochen werden kann, der »erweiterte« Zugang durch Aufzählung der organisationsrechtlich dem NKO-Sektor zugerechneten Organisationen bekanntermaßen zu Verzerrungen führt, lässt sich der Umfang des russischen nichtkommerziellen Sektors dennoch feststellen. Ausgehend von

den Bestimmungen der russischen Gesetzgebung zu nichtkommerziellen Organisationen und der offiziellen Statistik von Rosstat kann man den »struktur-operationalen« Ansatz zur Bestimmung des nichtkommerziellen Sektors verwenden, den die UNO entwickelt hat.

Diesem Ansatz zufolge werden nur solche Organisationen zum nichtkommerziellen Sektor als Teil der Zivilgesellschaft gezählt, die die folgenden fünf Kriterien erfüllen:

- Sie sind Organisationen mit juristischem Status;
- sie verfolgen nicht das Ziel, Einnahmen zu erzielen und verteilen keine Einnahmen unter den Gründern, Mitgliedern und Teilnehmern;
- sie sind unabhängig von Staatsorganen;
- sie sind selbstverwaltet;
- sie wurden auf freiwilliger Basis und ohne Zwang gegründet.

Danach sind aus der Gesamtzahl der NKO's (nach Angaben des russischen Statistikamtes) jene Organisationen auszuschließen, die den angeführten Kriterien nicht entsprechen. Dazu gehören Organe der Staats- und Kommunalbehörden, von ihnen gegründete Einrichtungen sowie Konsumentenvereinigungen. Zieht man diese ab, beläuft sich die Zahl der registrierten NKO's in Russland nach Angaben vom 1. Januar 2009 auf ca. 360.000 (Abb. 6 auf S. 14).

Es ist auch kein Geheimnis, dass ein Teil der Organisationen nur auf dem Papier existiert und keiner ihrer Satzung entsprechenden Tätigkeiten nachgehen. Solche Organisationen verzerren unsere Vorstellung vom Potenzial des russischen nichtkommerziellen Sektors, seiner Ressourcen und Möglichkeiten, sozial relevante Probleme zu lösen.

Zugleich dient die Information zur tatsächlichen Zahl aktiver NKO's als wichtiger Qualitätsnachweis für den nichtkommerziellen Sektor sowie als Indikator des Zustandes der Zivilgesellschaft.

Entsprechend der Ergebnisse der allrussischen Untersuchung der NKO's beläuft sich der Anteil der tatsächlich aktiven NKO's an der Gesamtzahl der offiziell registrierten Organisationen auf nicht mehr als 38 %. Demnach gehören zum aktiven Kern des nichtkommerziellen Sektors, als Teil der russischen Zivilgesellschaft, aktuell ca. 136.000 nichtkommerzielle Organisationen.

Erwerbstätige und freiwillige Ressourcen des nichtkommerziellen Sektors

Nach den Angaben der gesamtrussischen Untersuchung der NKO's arbeiten in nichtstaatlichen, nichtkommerziellen Organisationen in Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung (ganze oder halbe Wochenarbeitszeit) 1,13 % der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung Russlands (im Alter von 15 bis 72 Jahren). Hervorzuheben ist, dass

die Anstellung im nichtkommerziellen Sektor im allgemeinen eine Ganztagsbeschäftigung darstellt – 79 % der Mitarbeiter in NKO's arbeiten ganztags, d. h. 40 Stunden die Woche. Teilzeitbeschäftigte Mitarbeiter von NKO's arbeiten im Durchschnitt 16,8 Stunden die Woche. Auf eine Vollzeitbeschäftigung (bei einer 40-Stunden-Woche) umgerechnet beträgt der Anteil der Beschäftigten im nichtkommerziellen Sektor 0,89 % der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung (Abb. 7 auf S. 15).

Mehr als 75 % der russischen nichtkommerziellen Organisationen greifen in der einen oder anderen Weise auf Freiwilligenarbeit zurück. Das allgemeine Engagement durch freiwillige Tätigkeit im nichtkommerziellen Sektor belief sich im Jahr 2008 auf 3,02 % der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung (3,2 %, der in der Wirtschaft beschäftigten). Im Durchschnitt arbeiten Freiwillige in NKO's 26 Stunden im Monat. Auf eine Vollbeschäftigung umgerechnet ist die Arbeitskraft der Freiwilligen mit 0,43 % der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung oder 0,46 % der Beschäftigten in der Wirtschaft anzusetzen (Abb. 8 auf S. 15). Auf diese Weise ist das Arbeitspotenzial der Freiwilligen im russischen nichtkommerziellen Sektor mit dem Arbeitspotenzial der bezahlten Mitarbeiter in NKO's vergleichbar. Zudem lässt sich eine finanzielle Bewertung der Arbeitskraft der Freiwilligen, die an Aktivitäten der russischen NKO's teilnehmen, errechnen: wenn die Arbeit der Freiwilligen ebenso bezahlt werden würde, wie die der angestellten Mitarbeiter der NKO's, so würden sich die Kosten der Freiwilligenarbeit im nichtkommerziellen Sektor auf 16,5 Mrd. Rubel (ca. 390 Mio. Euro) belaufen.

Der Beschäftigungsgrad und das Ausmaß der Freiwilligenarbeit in russischen nichtstaatlichen, nichtkommerziellen Organisationen ist mit ähnlichen Werten in den Ländern Osteuropas vergleichbar, verglichen mit den Werten in Westeuropa fällt er jedoch bedeutend geringer aus (Abb. 9 auf S. 16). Das Entwicklungsniveau freiwilliger Tätigkeit in russischen NKO's ist dennoch mit den Werten in anderen Ländern der Welt zu vergleichen. In den Ländern Osteuropas liegt er im Durchschnitt unter dem Russlands. Alles in allem ist die freiwillige Aktivität als alltägliche soziale Praxis der Bevölkerung relativ hoch.

Wie unsere Untersuchung zeigt, ist die informelle Freiwilligenarbeit in Russland, außerhalb von NKO's, weiter entwickelt als die formelle. So wurde im Zuge einer Großumfrage mit Hilfe des *Georatings* (Stichprobengröße 41.500, darunter 500 Personen je Föderationssubjekt) den Befragten folgende Frage gestellt: »Haben Sie sich in den letzten 2–3 Jahren, neben ihrer hauptsächlichen Tätigkeit, mit freiwilliger und unentgeltlicher Arbeit zum Wohle anderer (nicht Familienmitglieder oder naher Angehöriger) beschäftigt? Wenn ja, wie häufig?

fig?« Ungefähr zwei Drittel der Respondenten gaben an, dass sie keinerlei ehrenamtliche Tätigkeit ausgeübt hätten (63 %). Aber ein Drittel der Befragten (33 %) gab an, dass sie ehrenamtliche Arbeit übernommen hätten. Von ihnen hatte der Großteil selten oder nur wenige Male zum Wohle anderer freiwillig gearbeitet, etwa ein Drittel häufig, ein Siebtel einmalig.

Regionale Intensität der Freiwilligenarbeit

Das Engagement der russischen Bevölkerung in ehrenamtlicher Tätigkeit unterscheidet sich je nach Region. Den ersten Platz unter den Föderationssubjekten belegt die Republik Tschetschenien – 64 % der Befragten in der Republik gaben an, freiwillig und unentgeltlich zum Wohle anderer Menschen tätig gewesen zu sein. Auch in der Republik Tuwa beantworteten mehr als die Hälfte der Befragten die entsprechende Frage positiv (55 %). In weiteren vier Föderationssubjekten war ebenfalls ca. die Hälfte der Befragten freiwillig tätig: im Gebiet Kursk und den Republiken Nordossetien, Kabardino-Balkarien und Dagestan (49–51 %). Etwas weniger als die Hälfte der Umfrageteilnehmer gaben eine entsprechende Antwort in den Republiken Inguschetien und Udmurtien (46–47 %).

Über dem Durchschnitt, zwischen 39 % und 44 %, lagen die folgenden zehn Föderationssubjekte: die Repu-

bliken Adygeja, Baschkortostan und Mari El, die Gebiete Kaluga, Orenburg, Magadan und Brjansk, die Republiken Komi und Tatarstan sowie das Gebiet Nowgorod (Aufzählung nach abnehmender Zustimmung sortiert).

Der russische Durchschnitt bei dieser Frage beträgt 33 % positive Antworten. Im Rahmen der statistischen Abweichung (plus-minus 5,5 %) fand sich die Mehrheit der Föderationssubjekte wieder. Bedeutend unterhalb des Durchschnitts rangierten neun Subjekte: der Bezirk Stawropol, die Republik Kalmykien, die Gebiete Rjasan und Irkutsk, der Autonome Bezirk der Jamal-Nenzen, die Gebiete Swerdlowsk, Woronesch und Leningrad sowie die Stadt St. Petersburg (19–23 %).

Die Entwicklung der Zivilgesellschaft ist direkt vom Engagement der Bevölkerung und deren alltäglicher sozialer Praxis abhängig. Auf diese wiederum wirkt die Politik des Staates durch Unterstützung und Entwicklung gesellschaftlicher Initiativen ein, die ein Heranwachsen neuer sozialer Institute der Zivilgesellschaft und der Ausgestaltung einer Infrastruktur zur Verwirklichung der gesellschaftlichen Aktivität der russischen Bevölkerung unterstützen.

Übersetzung Christoph Laug

Über die Autoren:

Dr. Irina Wladimirowna Mersijanowa ist Direktorin des Forschungszentrums Zivilgesellschaft und Nichtkommerzieller Sektor an der Higher School of Economics, Dozentin am Lehrstuhl für Theorie und Praxis der Staatsverwaltung an der Fakultät für Staats- und Kommunalverwaltung der Higher School of Economics. Sie ist Autorin von über 100 wissenschaftlichen Arbeiten zur Entwicklung der Zivilgesellschaft, des nichtkommerziellen Sektors, regionaler Selbstverwaltung und Bürgerbeteiligung.

Prof. Dr. Lew Ilitsch Jakobson ist Erster Prorektor der Higher School of Economics, wissenschaftlicher Leiter des Forschungszentrums Zivilgesellschaft und Nichtkommerzieller Sektor, Lehrstuhlinhaber für Staatsverwaltung und Wirtschaft des gesellschaftlichen Sektors an der Fakultät für Wirtschaft der Higher School of Economics und Chefredakteur des Journals »Fragen der Staats- und Kommunalverwaltung«. Er hat über 300 Publikationen zu Fragen der Wirtschaft im Staatssektor und nichtstaatlicher, nichtkommerzieller Organisationen sowie zur Wirtschafts- und Sozialpolitik verfasst.

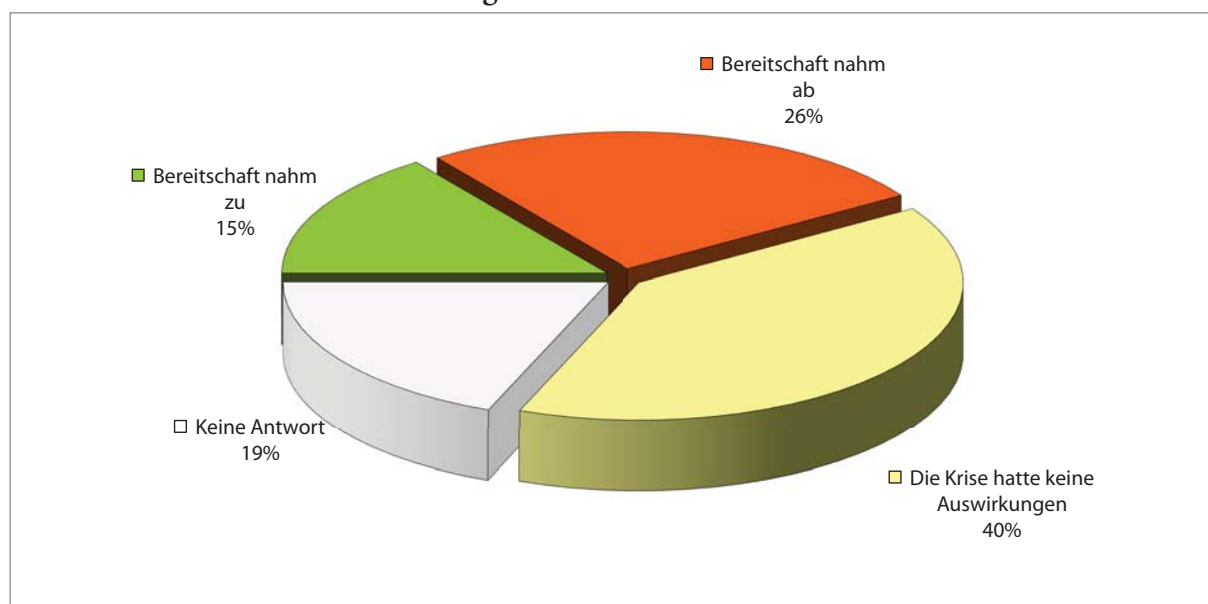
Lesetipps:

- Mersijanowa I.V., Solodova I.I. Community Foundations in Russia: Phase of Institutional Development / State University – Higher School of Economics. — Moscow: Publishing House of the State University – Higher School of Economics, 2010. – 80 pp. (Civil Society Monitoring Series). – ISBN 978-5-7598-0795-7; Onlinezugriff: <http://grans.hse.ru/monograph>
- Mersijanowa I.V., Jakobson L.I. Philanthropy in Russia: Public Attitudes and Participation / State University — Higher School of Economics. Moscow : Publishing House of the State University — Higher School of Economics, 2010. — 96 pp. (Civil Society Monitoring Series). ISBN 978-5-7598-0742-1; Onlinezugriff: <http://grans.hse.ru/monograph>

Umfragen und Statistiken zur russischen Zivilgesellschaft

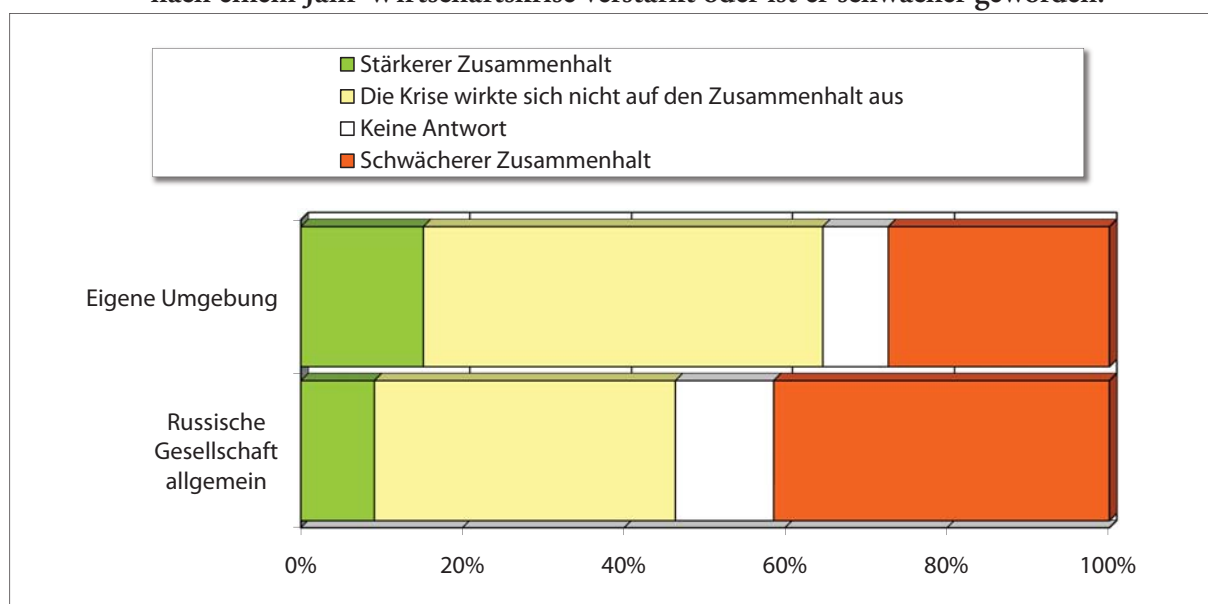
(aus dem 5. Monitoring zur Situation der Zivilgesellschaft)

Grafik 6: Nahm die Bereitschaft der Menschen, sich zu gemeinsamen Aktionen zu vereinigen, in der Krise Ihrer Meinung nach zu oder ab?



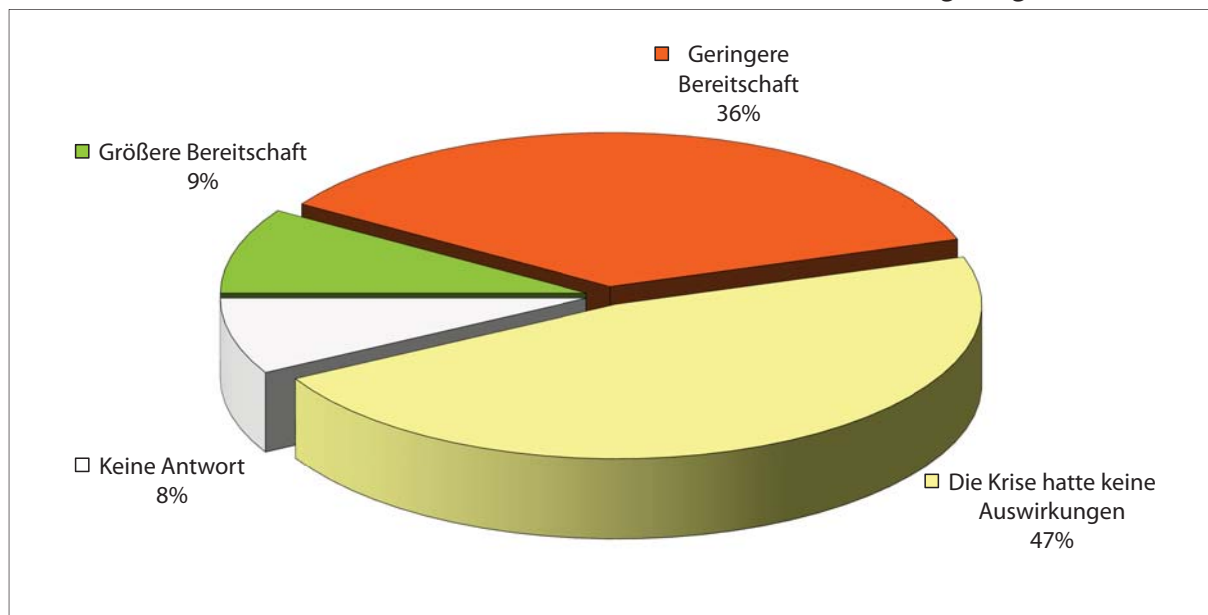
Quelle: 5. Monitoring zur Situation der Zivilgesellschaft 2009/2010

Grafik 7: Hat sich der Zusammenhalt in der Gesellschaft allgemein und in Ihrer Umgebung nach einem Jahr Wirtschaftskrise verstärkt oder ist er schwächer geworden?



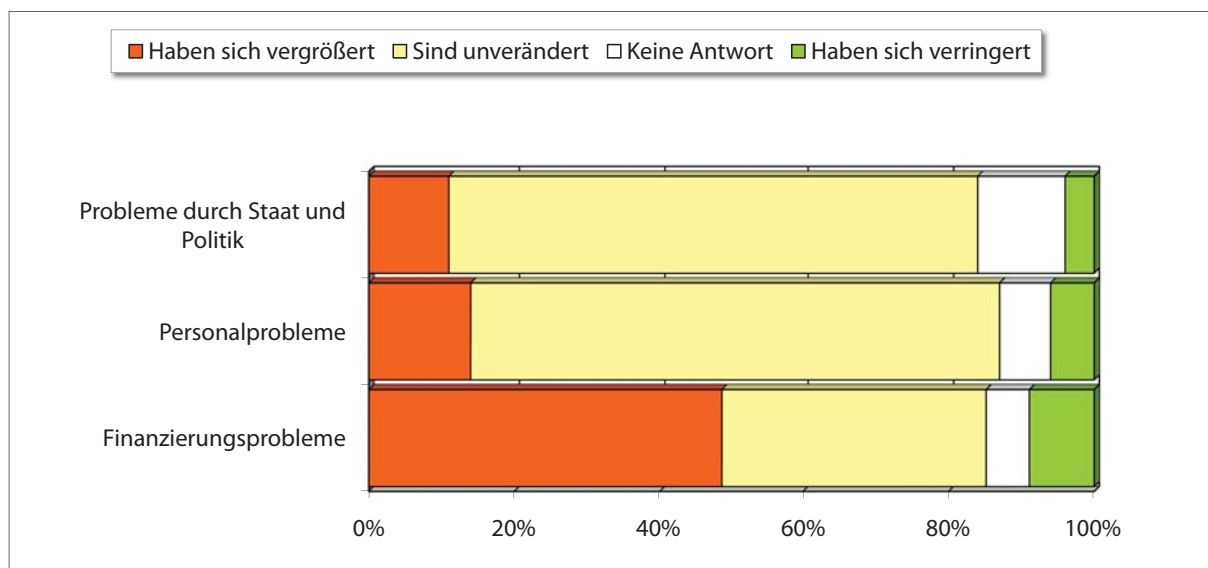
Quelle: 5. Monitoring zur Situation der Zivilgesellschaft 2009/2010

Grafik 8: Ist die Bereitschaft, anderen Menschen zu helfen, in der Krise gestiegen?



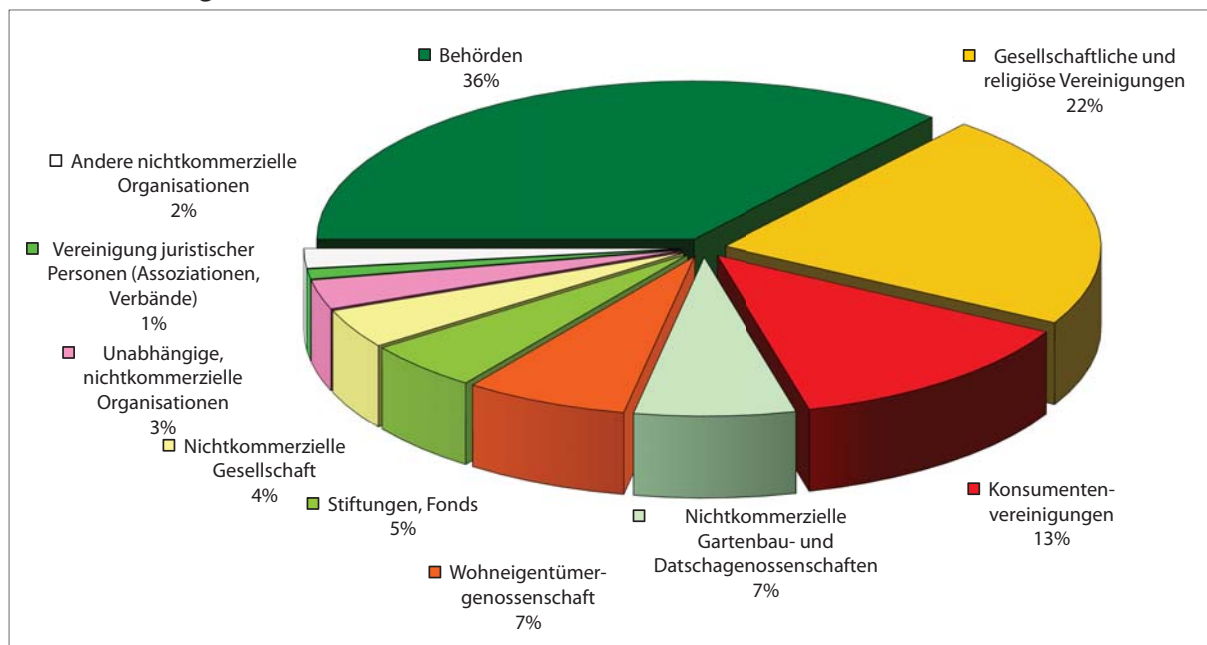
Quelle: 5. Monitoring zur Situation der Zivilgesellschaft 2009/2010

Grafik 9: Wie haben sich die Probleme von NGOs im Kontext der Krise verändert?



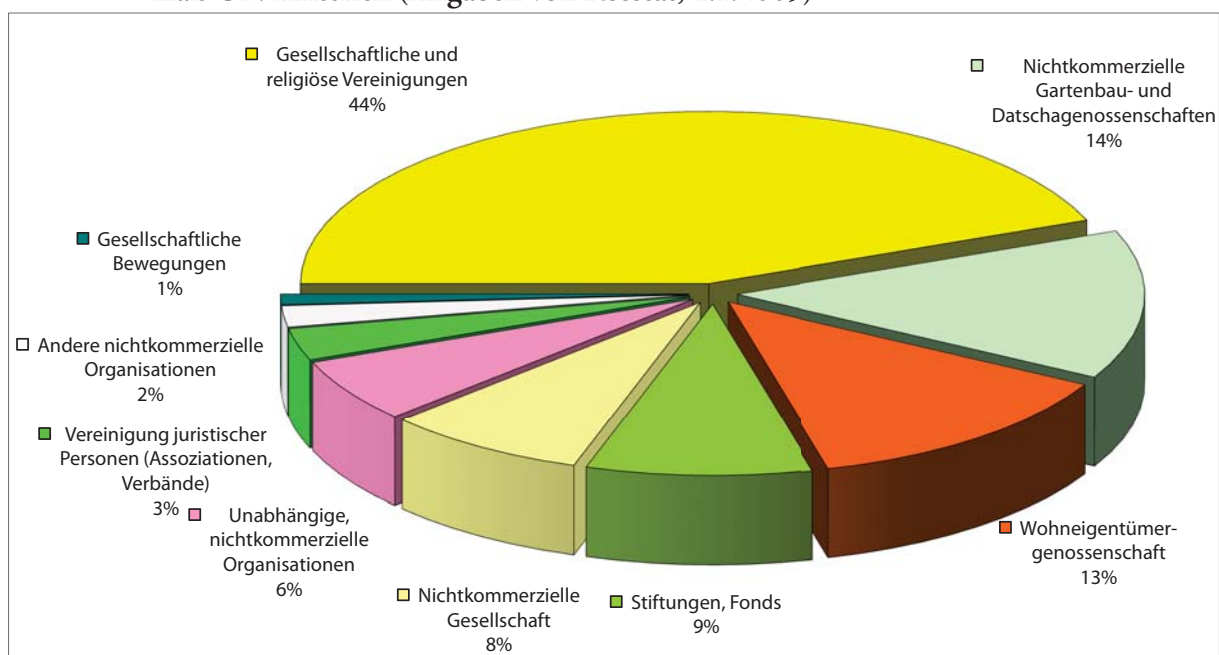
Quelle: 5. Monitoring zur Situation der Zivilgesellschaft 2009/2010

Grafik 10: Verteilung von nichtkommerziellen Organisationen nach Organisationsformen (Angaben von Rosstat, 1.1.2009)



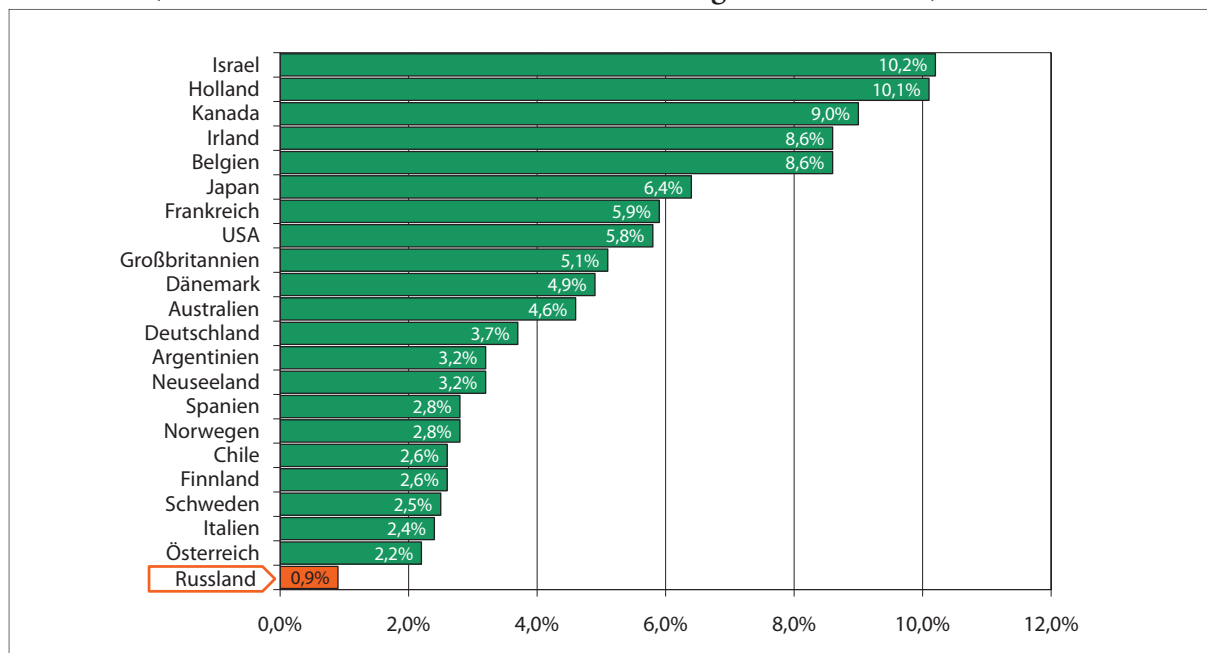
Quelle: Rosstat, die russische Statistikbehörde, zitiert im 5. Monitoring zur Situation der Zivilgesellschaft 2009/2010

Grafik 11: Verteilung von nichtkommerziellen Organisationen nach Organisationsformen gemäß UN-Kriterien (Angaben von Rosstat, 1.1.2009)



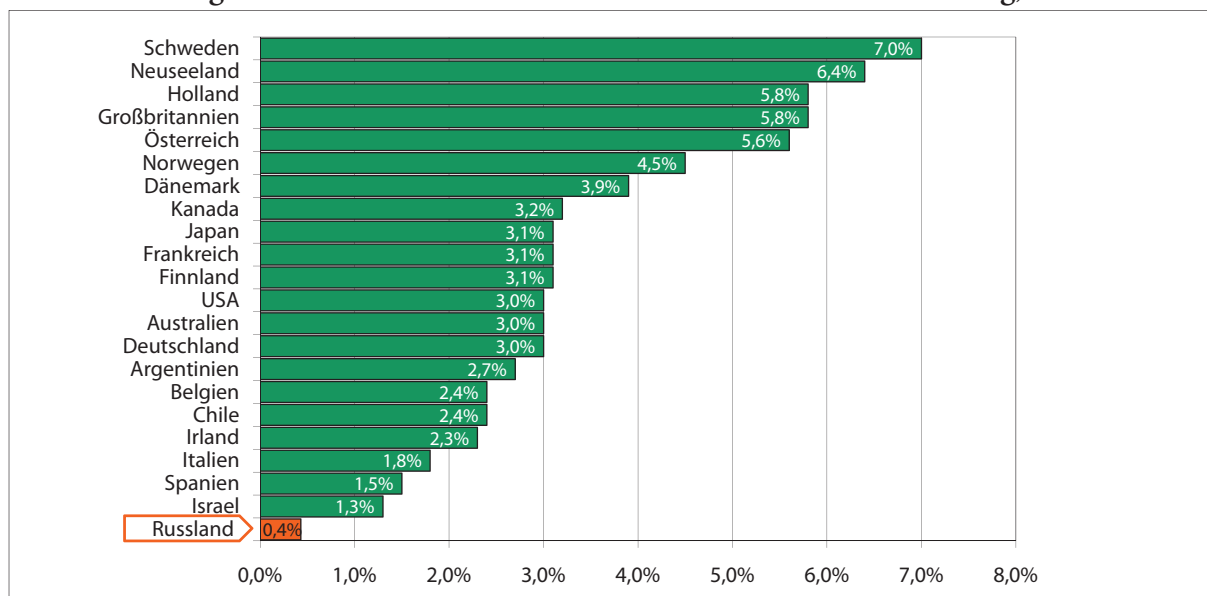
Quelle: Rosstat, die russische Statistikbehörde, zitiert im 5. Monitoring zur Situation der Zivilgesellschaft 2009/2010

Grafik 12: Arbeitskraft im nichtkommerziellen Sektor 2008
(in % der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung; Russland 2009)



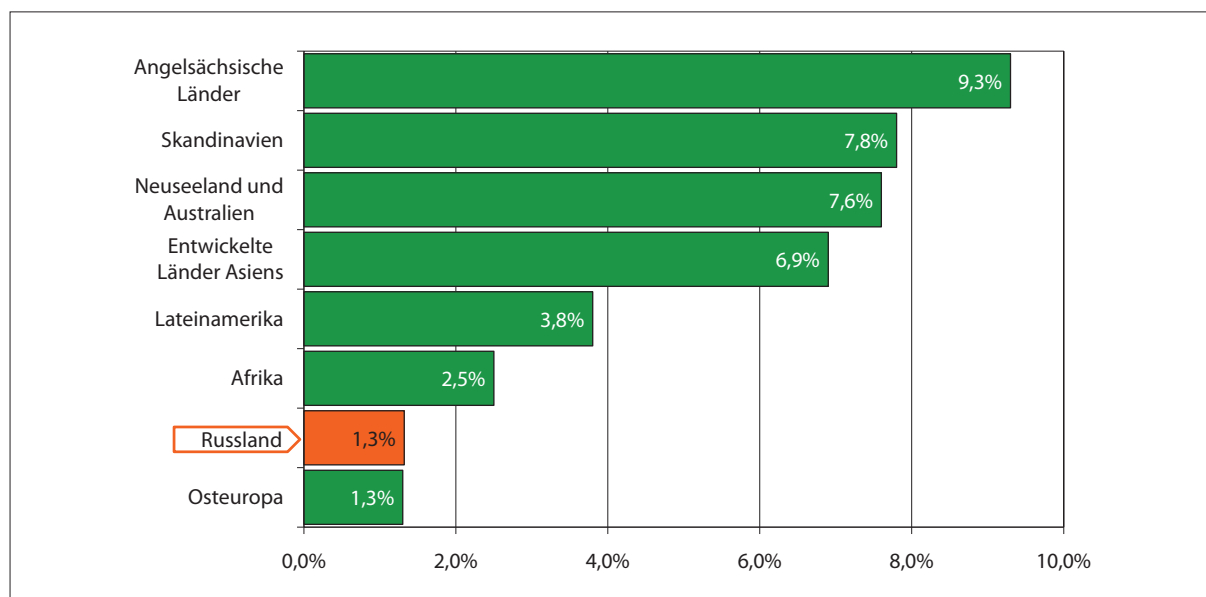
Quelle: 5. Monitoring zur Situation der Zivilgesellschaft 2009/2010

Grafik 13: Freiwillige Arbeitskraft im nichtkommerziellen Sektor (Anteil der Freiwilligenarbeit bezogen auf die Arbeitskraft der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung)



Quelle: 5. Monitoring zur Situation der Zivilgesellschaft 2009/2010

Grafik 14: Arbeitskraft im nichtkommerziellen Sektor (Anteil der angestellten und freiwilligen Beschäftigten im nichtkommerziellen Sektor im Verhältnis zur wirtschaftlich aktiven Bevölkerung 2008; Russland 2009)



Quelle: 5. Monitoring zur Situation der Zivilgesellschaft 2009/2010

DOKUMENTATION

Pilorama – Zivilgesellschaft im Sägewerk

Von Peter Franck, Berlin

»Das Schwierige an unserem Land ist, dass alles so, gleichzeitig aber auch ganz anders ist. Das kann man im Westen eigentlich nicht erklären.« So oder so ähnlich reagierte vor einigen Jahren eine Mitarbeiterin von MEMORIAL bei einer Podiumsdiskussion, als das Publikum es genau wissen wollte: Ist Russland die Sowjetunion in neuem Gewand? Ist Putin ein Diktator? Gibt es wirklich keine Pressefreiheit? Kann man in Russland von einer relevanten Zivilgesellschaft sprechen? Wie es scheint, gibt es gerade im Hinblick auf Russland ein großes Bedürfnis, die Dinge festzuzurren. Vielleicht, um sich so eine komplexe Wirklichkeit begreifbar zu machen.

Zivilgesellschaft in Russland

Wenn in den letzten Jahren von der Zivilgesellschaft in Russland die Rede war, ging es oft um Beschneidungen und Begrenzungen: Verzeichnet wurden die verbalen Attacken Putins auf Nichtregierungsorganisationen als »fünfte Kolonne« und Gehilfen derjenigen, die sich die besten Filetstücke Russlands sichern wollten. Registriert wurden bürokratische Beschwerden und vielfache Ungewissheiten, die die 2006 eingeführte NGO-Gesetzgebung mit sich brachte. Erst Mitte September 2010 wurden über-

all im Land Staatsanwälte bei Nichtregierungsorganisationen vorstellig, forderten Unterlagen heraus. Man wolle sehen, wie denn die Organisationen unter den Bedingungen dieser Gesetzgebung so arbeiteten. Nicht wenige von uns, die wir im Westen Anteil an der Arbeit dieser zivilgesellschaftlichen Initiativen nehmen, sind zunehmend frustriert. Wird sich das grundlegende Misstrauen der Macht gegen unabhängige zivilgesellschaftliche Initiativen jemals überwinden lassen? Bewegt sich seit Jahren nicht eigentlich alles im Rückwärtsgang?

Seltener diskutiert wird bei uns die Frage, welche Basis die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen in der russischen Bevölkerung eigentlich hat. Auch hier scheint eher Skepsis angebracht. Nur eine kleine Minderheit scheint die »Watchdog-Funktion« von Nichtregierungsorganisationen für wichtig zu halten. Die Gewährleistung von Rechtsschutz und der Einsatz für Menschenrechte, unabhängig finanziert aus der Mitte der Gesellschaft heraus, ist den meisten fremd.

Perm 36

Zwischen misstrauischem Staat und skeptischer Bevölkerung scheint wenig Raum für die Entfaltung einer unabhängigen Zivilgesellschaft. Dass in Russland aber alles eben auch ganz anders sein kann, ist jeden Sommer am letzten Juli-Wochenende in Perm zu erleben. Auf dem Gelände des früheren Gulag-Lagers Perm 36 findet dort seit 2005 das internationale Forum »Pilorama« (dt.: Sägewerk) statt. Der Name des Forums weist auf das Sägewerk hin, das sich im Lager befand und in dem die Häftlinge ihre Arbeit zu verrichten hatten. Ohne nachhaltiges zivilgesellschaftliches Engagement gäbe es weder Festival noch Gulag-Museum.



Klassisches Konzert auf der Hauptbühne des »Pilorama«-Forums 2010.

Foto: Menschenrechtsbeauftragte der Region Perm

Perm 36 war Anfang der achtziger Jahre das einzige Lager in der Sowjetunion, in dessen »besonderes Regime« mit besonders harten Haftbedingungen ausschließlich politische Häftlinge aufgenommen wurden. Unter den insgesamt 56 politischen Gefangenen waren neben Sergei Kowaljow und dem unter bis heute nicht aufgeklärten Umständen im Lager ums Leben gekommenen ukrainischen Dichter Wassyl Stus auch Angehörige von Unabhängigkeitsbewegungen im Baltikum und verschiedener Helsinki-Komitees. Bis zur Schließung des Lagers 1987 verstarben dort nach offiziellen Angaben mindestens sieben Gefangene.

1987 – Michail Gorbatschow war längst Generalsekretär der KPdSU – wurde »Perm 36« aufgelöst. Kurze Zeit später wurden auch sämtliche Sicherheitseinrichtungen entfernt – nichts sollte mehr an das Lager erinnern. Anfang der neunziger Jahre setzten sich Bürgerinnen und Bürger der Region und vor allem die Bürger- und Menschenrechtsorganisation »MEMORIAL« für die Rekonstruktion des Lagers und die Einrichtung eines Museums ein. »Ohne ein Verstehen der Vergangenheit gibt es keine Zukunft«, sagt Viktor Schmyrow, Direktor des Gulag-Museums. »Vor allem die jungen Leute müssen verstehen, was Totalitarismus bedeutet, um künftigen Versuchungen widerstehen zu können.«



*In den Ausstellungsräumen des Gulag-Museums.
Foto: Menschenrechtsbeauftragte der Region Perm*

Gegen Verdrängen und Vergessen

Gegen das Verdrängen und Vergessen anzuarbeiten, ist die Motivation der Menschen, die 1993 mit der Rekonstruktion des Lagers begannen, das in der Nähe des Dorfes Kutschino in der Region Perm etwa 100 km entfernt von der gleichnamigen Hauptstadt liegt. Auf dem Gelände und in angrenzenden Wäldern aufgefundene Teile der Gebäude, Gefängnistüren und Sicherheitsanlagen wurden zusammengetragen. Was fehlte wurde nach Angaben von früheren Gefangenen und des Bewachungspersonals wieder ergänzt.

Seit vielen Jahren finden im Sommer am Lagergelände internationale Jugendcamps statt. In ihrem Rahmen arbeiten Jugendliche – aus Deutschland unter anderem entsandt von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste – mit großem Engagement am Aufbau des Museums. »Ohne das Engagement dieser jungen Menschen und ohne die finanzielle Unterstützung von ausländischen Stiftungen, aber auch der Permer Gebietsadministration, wäre das alles nicht zu schaffen gewesen,« sagt Schmyrow. 1995 war soviel wiederhergestellt, dass ein Teil des Lagergeländes offiziell als Museum eröffnet werden konnte. Seitdem wurden Jahr für Jahr weitere Teile

des Lagers rekonstruiert. Perm 36 ist damit der einzige Ort in der Russischen Föderation, der auch heute noch einen wenigstens ungefähren Eindruck von dem vermittelt, was der Archipel Gulag bedeutete.

Den Permern ging es aber nicht nur um die Errichtung eines Museums. »Natürlich wollen wir Menschen über staatlichen Terror aufklären«, sagt Robert Latypow, Ko-Vorsitzender der Jugendorganisation von MEMORIAL in Perm. »Die Menschen sollen aber vor allem aktiv und bewusst daran mitwirken, sich die Erinnerung zu erarbeiten und sie dann zu festigen. Nur so können die Auswirkungen der Geschichte auf die heutige Gegenwart erkannt und – soweit das notwendig ist – auch überwunden werden.«



*Diskussionsrunde im Gulag-Museum.
Foto: Menschenrechtsbeauftragte der Region Perm*

Das Gulag Museum Perm 36 sollte von Anfang an nicht nur Ort des Erinnerns sein. »Uns kommt es darauf an, dass sich dort Menschen aus verschiedenen Generationen und Ländern begegnen, sich über Fragen der Geschichte austauschen und sich vor diesem Hintergrund der gemeinsamen Verantwortung für Gegenwart und Zukunft bewusst werden«, sagt Tatjana Kursina, Geschäftsführerin des Museums.

Das »Pilorama-Festival«

Mit dem ersten »Pilorama-Festival« wagte das Museum einen neuen Schritt. In Zusammenarbeit vor allem mit MEMORIAL und der Menschenrechtsbeauftragten der Region Perm, Tatjana Margolina, wurde erstmals für den Sommer 2005 ein Festivalprogramm erarbeitet, das inzwischen Diskussionsrunden, Kunstausstellungen, Konzerte, Filmvorführungen und Theaterdarbietungen umfasst. »Pilorama« ist zu einer festen Institution in der Region geworden. Kamen anfangs neben ehemaligen Insassen des Lagers vor allem diejenigen, die sich zuvor für den Wiederaufbau des Lagers eingesetzt hatten, wird das Festival jetzt Jahr für Jahr von Tausenden

von Menschen besucht, unter ihnen viele junge Menschen aus der Region Perm.

Den Besuchern, von denen viele in einem Zeltlager am nahegelegenen Fluss Tschussowaja übernachten, bietet sich ein breites Spektrum von Veranstaltungen. Regelmäßig stehen dabei zwei Schwerpunktthemen im Mittelpunkt. Waren dies im Jahr 2009 »Krieg und Frieden« sowie »Mensch und Gefängnis«, wurden 2010 die Themen »Die Welt der Unfreiheit und die Kultur« sowie »Die Tragödie des russischen Dorfes« in Ausstellungen und Diskussionsrunden behandelt. Neben zentralen Veranstaltungen auf der großen Bühne gibt es eine Vielzahl kleinerer Gesprächsrunden in den Baracken des Lagers und unter den Bäumen des Geländes. Hier kommt es unter Einbeziehung auch internationaler Gäste immer wieder zu engagierten Diskussionen etwa über den Sinn von Haftstrafen und dabei einzuhaltenen Standards. Gestritten wird über Europa und die Permer Region: Welche Chancen liegen in einem Austausch, welche Gefahren sind im Hinblick auf eine mögliche Abwanderung von Jugendlichen damit verbunden? Aber es ist auch Raum für Ungeplantes: In einer 2009 spontan organisierten Diskussionsrunde diskutierten Menschenrechtler aus Abchasien die Lage nach dem Krieg zwischen Georgien und Russland.



*Im Zeltlager am Fluss Tschussowaja.
Foto: Menschenrechtsbeauftragte der Region Perm*

In diesem Jahr harrten mehr als 50 in der Mehrzahl junge Menschen bei Temperaturen um 35 Grad fast drei Stunden in einem stickigen Zelt aus, um den dort von Amnesty International und dem Goethe-Institut gezeigten Film »Der Sturm« zu sehen und danach engagiert zu diskutieren. Der Film befasst sich mit Problemen des UN-Tribunals zum ehemaligen Jugoslawien und setzt sich differenziert mit den Konflikten zwischen politischen »Aufarbeitungsstrategien« und dem Gerechtigkeitsanspruch einzelner Opfer auseinander.

Zur Überraschung des Verfassers spielten in der Diskussion Fragen von »Siegerjustiz« oder eine unterstellte Voreingenommenheit des Gerichts gegenüber serbischen Angeklagten praktisch keine Rolle. Ein einziger Beitrag bezog sich auf dieses Problem. Was das Publikum wirklich bewegte, waren viel allgemeinere Fragen, etwa nach den Möglichkeiten, durch Strafprozesse Gerechtigkeit zu schaffen, nach der Rolle des Richters, nach dem Umgang mit Zeugen, in denen allzu oft bloße Instrumente zur Wahrheitsfindung gesehen würden, nachdem sie bereits Opfer einer Straftat geworden seien. Es entspann sich eine ernste, intensive und ehrliche Diskussion, in die schließlich auch ein russischer Richterkollege eingriff, der den Weg zum Festival gefunden hatte.

Als Publikumsmagnet erweisen sich immer wieder die Konzerte. Neben einem der berühmtesten russischen Liedermacher, Dramatiker und früheren Dissidenten Juli Kim, der zu Zeiten der Sowjetunion nur im Untergrund auftreten konnte, schlug Juri Schewtschuk

2009 alle in seinen Bann. Es war sicher seiner Teilnahme geschuldet, dass 2009 mit 10.000 Besuchern die beste Resonanz verzeichnet werden konnte. Seit Sowjetzeiten ist der Rocksänger mit seiner Band DDT die glaubwürdige Stimme derer, die gegen Machtmissbrauch kämpfen.

Es gibt vereinzelt Stimmen, denen Pilorama zu groß geworden ist. Viele Leute kämen nur wegen der Musik, hätten nicht das richtige Bewusstsein. Menschenrechtler seien nicht mehr unter sich. Letzteres ist sicher richtig, doch genau darauf könnte es ankommen: Wer zu Schewtschuk rockte, hörte vielfach auch Kowaljow zu. Wer miterlebt hat, wie ernsthaft die jungen Leute diskutieren und streiten, sieht, dass die Organisatoren richtig liegen. Denn es gilt, einen Weg aus dem Ghetto der »Gleich-Meinenden« herauszufinden. Dass Pilorama auch mit Hilfe der Gebietsadministration möglich ist, ermutigt. Am Ende ist eine wahrhafte Modernisierung Russlands doch nicht von vornherein aussichtslos.

Über den Autor

Peter Franck arbeitet als Richter am Kammergericht in Berlin und ist ehrenamtlich Sprecher der Koordinationsgruppe Russische Föderation der deutschen Sektion von Amnesty International.

Diskussionsrunde am Ende der Birkenallee im Lager mit (von links): Michail Meilach, Sergei Kowaljow (Dissidenten und ehemalige Häftlinge in Perm 36), Tatjana Margolina (Menschenrechtsbeauftragte der Region Perm), Wladimir Lukin (Menschenrechtsbeauftragter der Duma), Viktor Schmyrow (Direktor des Gulag Museums Perm 36), Alexei Simonow (Präsident der Stiftung zur Verteidigung von Glasnost) und Dirk Hebecker (Leiter des Büros der UN-Hochkommissarin für Menschenrechte in Moskau).

Foto: Menschenrechtsbeauftragte der Region Perm



Vom 8. bis zum 21. Oktober 2010

08.10.2010	Das Ochta-Zentrum, das von Gazprom am Rande der St. Petersburger Altstadt geplant wird und dessen Hauptturm eine Höhe von 403 Metern haben soll, nimmt die letzte nationale Hürde vor einer möglichen Baugenehmigung. Die Hauptverwaltung für Staatsgutachten stimmt dem Projekt zu, dessen Verwirklichung zur Folge haben könnte, dass die St. Petersburger Altstadt den Status eines UNESCO-Weltkulturerbes verliert.
08.10.2010	Der sowjetische Schauspieler Viktor G. Ilitschow stirbt im Alter von 64 Jahren in Florida.
09.10.2010	Nach Konsultationen mit Präsident Dmitri Medwedew schlägt die Partei »Einiges Russland« dem Präsidenten vier Kandidaten für das Bürgermeisteramt in Moskau vor. Diese sind der Stellvertretende Ministerpräsident Sergei Sobjanin, der Vorsitzende des Transportministeriums Igor Lewitin, der Gouverneur des Gebiets Nischni Nowgorod Waleri Schanzew sowie die Erste Stellvertretende Bürgermeisterin und Vorsitzende des Moskauer Sozialsystems, Ljudmila Schwezowa.
10.10.2010	Mehr als 30 Mio. Wähler, ein Drittel der Wahlberechtigten Russlands, sind aufgerufen, am »Einheitlichen Wahltag« bei fast 8.000 Regional- und Lokalwahlen ihre Stimme abzugeben. Wahlen für die Regionalparlamente finden in der Republik Tuwa sowie in den Gebieten Novosibirsk, Tscheljabinsk, Magadan, Kostroma und Belgorod statt. »Einiges Russland« kann dabei erhebliche Stimmengewinne verzeichnen: Tuwa 78,39 % (vorher 46,38 %), Belgorod 66,15 % (vorher 52,77 %), Kostroma 49,99 % (vorher 29,99 %), Magadan 50,71 % (vorher 28,76 %), Novosibirsk 44,82 % (vorher 33,12 %), Tscheljabinsk 55,74 % (vorher 51,97 %). Außerdem finden in 14 regionalen Hauptstädten Wahlen zu den Stadtversammlungen statt, sowie Bürgermeisterwahlen in Samara, Machatschkala und Pjatigorsk.
12.10.2010	Michail Fedotow wird neuer Vorsitzender des Rates zur Unterstützung der Institute der Zivilgesellschaft und der Menschenrechte beim russischen Präsidenten. Bisher war er Sekretär der Russischen Journalistenunion. Seine Amtsvorgängerin Ella Pamfilowa trat am 30.07.2010 als Vorsitzende des Rates zurück.
12.10.2010	Ca. 50 Personen nehmen auf dem Twerskaja Platz in Moskau am »Tag des Zorns« teil. Sie protestieren gegen die Politik der Moskauer Regierung und die Wiedereinführung der Direktwahl des Bürgermeisters. 30 Teilnehmer werden vorübergehend festgenommen.
14.10.2010	Der Anwalt Ramsan Kadyrows erhebt Anklage gegen die Menschenrechtsvereinigung »Memorial« wegen der Diffamierung der Ehre und Würde Kadyrows.
14.10.2010	Die russische Statistikbehörde führt bis zum 25. Oktober eine Volkszählung durch. Angaben zu Nationalität, Alter, Einkommen, Sprachkenntnisse und weitere werden von ca. 600.000 Volkszählern erhoben. Die letzte Volkszählung fand 2002 statt.
15.10.2010	Dmitri Medwedew nominiert Sergei Sobjanin, bisher Stellvertretender Ministerpräsident, zum Kandidaten für das Bürgermeisteramt in Moskau. Die Wahl des Kandidaten in der Stadtduma findet am 21. Oktober statt, die Fraktion »Einiges Russland« stellt 32 der 35 Sitze im Moskauer Stadtparlament.
16.10.2010	Bei Überschwemmungen nach schweren Regenfällen im Rayon Tuapse (Bezirk Krasnodar) wird der Notstand ausgerufen. 13 Personen kommen in den Fluten um.
17.10.2010	Sergei Sokolow, stellvertretender Chefredakteur der »Nowaja Gaseta«, schließt nicht aus, dass die Zeitung im kommenden Jahr nicht mehr erscheinen wird. Der Föderale Dienst zur Kontrolle von Nachrichtenwesen, Informationstechnologie und Massenmedien (Roskomnadsor) sprach am 31. März 2010 gegen die Zeitung eine Verwarnung wegen eines Artikels über den Mord an Stanislaw Markelow und Anastasia Baburowa aus. Nach zwei Verwarnungen folgt die Schließung. Das Tag-ansker Gericht lehnte einen Einspruch gegen die Verwarnung am 20. September ab.
18.10.2010	Die Moskauer Stadtverwaltung genehmigt eine Demonstration der Opposition am 23. Oktober auf dem Puschkin-Platz. Die Opposition wertet dies als Zeichen der Kooperation.

18.10.2010	Die Zeitschrift »Russki Newsweek« stellt ihr Erscheinen ein. Der Axel-Springer-Verlag schließt das Magazin, das durch unzensurierte und kritische Berichterstattung bekannt geworden war, aus finanziellen Gründen.
18.10.2010	Dmitri Medwedew, Nicolas Sarkozy und Angela Merkel treffen sich in Frankreich zur Abstimmung ihrer Wirtschafts- und Sicherheitspolitik im Vorfeld des G-20 und NATO Gipfels. Das letzte Gipfeltreffen der drei Länder fand 2006 statt.
19.10.2010	In Grosny (Tschetschenien) dringen drei Selbstmordattentäter in das Parlamentsgebäude ein. Bei der Aktion werden vier Personen getötet, 17 weitere verletzt.
19.10.2010	Die Jugendorganisation »Junges Russland« erhält die Erlaubnis der Moskauer Stadtverwaltung, am 31. Oktober einen Blutspendetag auf dem Moskauer Triumphalplatz durchzuführen.
20.10.10	Wjatscheslaw Wolodin, bisher Stellvertretender Sprecher der Staatsduma und Sekretär im Präsidium des Generalrats von »Jedinaja Rossija«, wird Stellvertretender Ministerpräsident und Nachfolger Sergei Sobjanins.
21.10.10	Sergei Sobjanin wird neuer Bürgermeister Moskaus. Das Moskauer Stadtparlament bestätigt die Nominierung Sobjanins durch den Präsidenten Dmitri Medwedew.

Die Russland-Analysen werden vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und Satz: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1613-3390 © 2010 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Der Fall Chodorkowski – Bilder des Unrechts

**Ausstellungseröffnung am Mittwoch, den 27. Oktober 2010, 19.00 Uhr
im Mauermuseum – Museum Haus am Checkpoint Charlie**

Die umstrittenen Verfahren gegen Chodorkowski und andere Mitarbeiter von Jukos gehören weltweit zu den meist beobachteten Gerichtsprozessen. Das Mauermuseum – Museum Haus am Checkpoint Charlie präsentiert eine neue Dauerausstellung mit Werken russischer KünstlerInnen, die den Prozess gegen Michail Chodorkowski und Platon Lebedew besuchten.

Zum Zeitpunkt seiner Verhaftung am 25. Oktober 2003 hatte sich Chodorkowski zu einem führenden ökonomischen Reformen und Philanthropen Russlands entwickelt, der sich für den Aufbau der Zivilgesellschaft einsetzte und die politische Opposition unterstützte. Er wurde zu 8 Jahren Lagerhaft in Sibirien verurteilt. Um ihre Freilassung zu verhindern, wurde 2009 ein neues Verfahren gegen Chodorkowski und Lebedew eröffnet. Das Urteil wird bis Ende 2010 erwartet. Es droht ihnen eine Höchststrafe von 15 Jahren Haft um sie mundtot zu machen.

»Das zweite Verfahren zeige, dass man in Russland mit aller Macht alles tun will, um Chodorkowski in Haft zu halten.« Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Bundesjustizministerin

»Vieles spricht dafür, dass Chodorkowski sein politisches Engagement zum Verhängnis wurde und Putin einen unliebsamen Konkurrenten beseitigen wollte.« Marieluise Beck, Die Grünen

»Das Verfahren gegen Herrn Chodorkowski ist ein Testfall für die Modernisierungsfähigkeit Russlands. Denn wenn Russland ein wirtschaftlich moderner Staat werden will, dann brauchen nicht nur Investoren, sondern vor allem die Menschen in Russland Rechtssicherheit.« Dr. Andreas Schockenhoff, CDU/CSU, Mitglied des Deutschen Bundestages

Begrüßung: Alexandra Hildebrandt, Leiterin des Mauermuseums – Museum Haus am Checkpoint Charlie

Ansprachen: Marieluise Beck, Bündnis90/Die Grünen, MdB;

Dr. Andreas Schockenhoff, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU Bundestagsfraktion

Marina Schuster, FDP, MdB;

Markus Meckel, SPD, Außenminister a.D.

Peter Franck, Amnesty International Deutschland, Russlandexperte

Internationale Gesellschaft für Menschenrechte,

Katia Beliauskaya, Ausstellende Künstlerin

Anwesend: Marina Filipowna Chodorkowskaja, Mutter von Chodorkowski; Juri Schmidt, Anwalt von Chodorkowski
Mauermuseum – Museum Haus am Checkpoint Charlie

Um Anmeldung wird gebeten unter info@mauermuseum.de

MAUERMUSEUM - MUSEUM HAUS AM CHECKPOINT CHARLIE

Friedrichstraße 43-45

D-10969 Berlin

phone +49 (0)30 2537250

fax +49 (0)30 2512075

e-mail info@mauermuseum.de

internet www.mauermuseum.de

Abstracts der Artikel aus Osteuropa 9/2010

Osteuropa 9/2010 ist erschienen und enthält ausschließlich Beiträge über Russland. Im Mittelpunkt stehen Analysen zum Institutionentransfer von West nach Ost. Das Heft hat 176 Seiten und kostet 10,00 €. Bestellungen bitte über osteuropa@dgo-online.org. Im Einzelnen gibt es folgende Beiträge:

Ivan Blokov

Alle Jahre wieder

Waldbrände in Russland

Im Sommer 2010 wurde Russland von verheerenden Bränden heimgesucht. Sie erregten vor allem wegen der Torfbrände rund um Moskau große mediale Aufmerksamkeit. Doch in Russland brennen Jahr für Jahr große Waldflächen. Katastrophen wie die des Jahres 2010 wurden zwar durch extreme Klimabedingungen ausgelöst. Sie waren jedoch absehbar. Die jährlich von Waldbränden betroffene Fläche hat sich bereits in den vergangenen zwei Jahrzehnten deutlich vergrößert. Die staatlichen Forstbehörden sind selbst mit der Erfassung der Waldbrände überfordert. Die ohnehin knappen Mittel zur Waldbrandbekämpfung sind weiter gekürzt worden, und seit einer administrativen Reorganisation sind die Behörden gelähmt.

Reinhold Vetter

Euphorie und Ernüchterung

Polens Russlandpolitik vor und nach Smolensk

Der Absturz der polnischen Präsidentenmaschine im April 2010 vor Smolensk schien eine neue Ära zwischen Polen und Russland einzuleiten. Die Skepsis gegenüber Russland machte der Hoffnung auf freundschaftliche Beziehungen Platz. Inzwischen kehrt Nüchternheit ein. Die Interessensunterschiede in der Außen- und Energiepolitik können auch künftig die Beziehungen belasten. Gleichwohl würdigt Polen die positiven Veränderungen: Russland leugnet nicht länger die Morde von Katyń und schenkt Polens gestiegenem Gewicht in der EU Aufmerksamkeit. Dies ist auch ein Erfolg der Tusk-Regierung.

Catherine Defontaine

Strategische Partner?

Die französisch-russländischen Wirtschaftsbeziehungen

Der französische Präsident Nicolas Sarkozy erklärt Russland zum strategischen Partner Frankreichs. Gemessen an den Wirtschaftsbeziehungen ist jedoch der Wunsch Vater des Gedankens. Zwar hat Sarkozy als oberster französischer Handelsreisender einen Rüstungsdeal eingefädelt. Doch als Handelspartner ist selbst Belgien für Frankreich wichtiger als Russland. Zudem hat Frankreich im Handel mit Russland ein stetig wachsendes Defizit zu verzeichnen, und die französische Wirtschaftsverflechtung mit Russland bleibt trotz aller Bemühungen hinter der zwischen Deutschland und Russland zurück.

Petra Stykow

Die Wahl des Wahlsystems

Demokratische Regeln, undemokratische Wahlen

Die Übernahme technischer Elemente aus dem demokratischen Wahlrecht führt nicht selbstverständlich dazu, dass auch die »konstitutionelle Idee« übernommen wird, die Wahlen in Demokratien zugrunde liegt. Während beides in Ostmitteleuropa parallel verlief, zeigt der Fall Russland exemplarisch für die meisten postsowjetischen Staaten das Scheitern eines Institutionentransfers: Formaldemokratische Regeln können dazu genutzt werden, um autokratische Herrschaftsverhältnisse zu stabilisieren.

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

Martin Brusis

Institutionentransfer und Regionalstudien

Politikwissenschaftliche Überlegungen

In Zeiten der Entgrenzung verbreiten sich Normen, Regeln und Verfahren zwischen Staaten und Regionen. Bei einem solchen Transfer entfalten die Institutionen jedoch in einem neuen Kontext oft ganz andere Wirkungen. Was die Ursachen solcher unerwarteten Effekte sind und wie Institutionen ohne Funktionsverlust übertragen werden können, lässt sich in Osteuropa unter Laborbedingungen studieren. Die staatssozialistische Vergangenheit sorgt für eine gewisse Homogenität. Gleichzeitig ist die Region so heterogen, dass zahlreiche Variationen zu beobachten und deren Gründe zu erforschen sind.

Angelika Nußberger

Verfassungsrechtstransfer von West nach Ost

Illusion, Desillusion, Neubeginn

Der Zusammenbruch des Kommunismus hinterließ ein verfassungsrechtliches Vakuum in Osteuropa und in Zentralasien. Die Regime versuchten dies durch eine »maximalistische« Übernahme westlicher Verfassungsmodelle zu füllen. Im neuen Gewande wirkte jedoch altes Gedankengut fort. Auf die Einsicht, dass sich westliches Verfassungsrecht nicht problemlos auf die lokale Realität übertragen lässt, reagierten die Regime mit Verfassungsänderungen und einer subkutanen Aushöhlung von Verfassungspostulaten. Die Wirkungen des Rechtstransfers weichen stark von den intendierten ab.

Carsten Herrmann-Pillath, Joachim Zweynert

Institutionentransfer und nachholende Entwicklung

Zur Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft sowie zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit eines Landes werden Institutionen aus erfolgreichen Staaten in weniger erfolgreiche übertragen. Dabei entscheiden heimische politische Akteure maßgeblich darüber, ob der Transfer und der Aufbau von Institutionen gelingt. Denn sie allein verfügen über das kulturelle Wissen, um Institutionen an die vorherrschenden kulturellen Praktiken im neuen Umfeld anzupassen. Dies zeigt der Vergleich der Einführung der Sozialen Marktwirtschaft in Westdeutschland nach 1945 und der Durchführung der Marktreformen in Russland nach 1990.

Martin Aust

Völkerrechtstransfer im Zarenreich

Internationalismus und Imperium bei Fedor F. Martens

Der Jurist und Diplomat Fedor F. Martens (1845–1909) war in der internationalen Gemeinschaft der Völkerrechtler vernetzt und zugleich dem Russländischen Imperium loyal. Transfergeschichtlich agierte er als Empfänger und Sender völkerrechtlicher Konzeptionen.

SPONSOR

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft
oa



■ Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft arbeitet seit 1952 aktiv daran, die Handels- und Investitionsbedingungen für deutsche Unternehmen in über 20 Ländern des östlichen Europas und Zentralasiens zu verbessern.

■ Unsere Konferenzen und Fachseminare informieren Sie über aktuelle Entwicklungen zwischen Zagreb und Wladiwostok.

■ Wir sind die Stimme der deutschen Wirtschaft in bilateralen Gremien und vernetzen Wirtschaft und Politik durch die Organisation exklusiver Wirtschaftsgespräche und Delegationsreisen.

■ Mit unseren Projekten fördern wir die marktwirtschaftliche Entwicklung in Osteuropa und investieren in die Aus- und Weiterbildung junger Menschen.

Weitere Informationen zu unseren Veranstaltungen, Publikationen und zur Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss finden Sie unter: www.ost-ausschuss.de

Brücke zu den Zukunftsmärkten

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de